

Deutsche Außenpolitik im Wandel

*Eine Auseinandersetzung mit der deutschen
Arktisstrategie und der Nord-Stream-
Pipeline*



Masterarbeit (30 Studienpunkte)
Deutsche Kulturkunde am
Institut für Literatur, Kulturkunde und europäische
Sprachen der Universität Oslo

Vorgelegt von Frank Warmbrodt

Frühjahr 2010

Betreuer Professor Dr. Thomas Sirges

Zusammenfassung

Diese Masterarbeit befasst sich mit der deutschen Außenpolitik. Untersuchungen der Fallbeispiele der Arktisstrategie Deutschlands und der Bau der Nord-Stream-Pipeline sollen zeigen, ob sich ein Wandel in der deutschen Außenpolitik vollzogen hat.

Mit der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten begann ein neues außenpolitisches Zeitalter der Bundesregierung. Ein neu gefundenes Selbstbewusstsein und neue internationale Herausforderungen prägen die Politik Deutschlands. Energie- und Klimapolitik lassen sich nicht voneinander trennen, dabei macht das Fehlen einer einheitlichen europäischen Energiepolitik ein beachtliches Problem aus. Diese Masterarbeit setzt sich mit den außenpolitischen Herausforderungen Deutschlands auseinander und versucht die Frage zu beantworten, ob ein Wandel im außenpolitischen Auftreten nachzuvollziehen ist, der mehr auf nationale Interessen aufbaut als früher.

Seit den russisch-ukrainischen Gasstreits im Winter 2005-2006 und den stark schwankenden Energiepreisen seit den Terroranschlägen am 11. September 2001 sieht Deutschland seine Energiesicherheit bedroht. Der wachsende Energiehunger der Schwellenländer scheint nicht nachzulassen und wird in Zukunft den Kampf um Energieressourcen verschärfen. In der Arktis vermuten Geologen, große Mengen Erdöl und Gas zu finden. Geographisch nicht weit von Deutschland entfernt und geopolitisch von Partnern Deutschlands beansprucht, könnte die Arktis die Energieregion der Zukunft werden.

Gas aus der Arktis soll durch die Nord-Stream-Pipeline von Russland nach Deutschland und Europa gepumpt werden. Dabei werden die alten Transitstaaten Weißrussland, Polen und die Ukraine umgangen. Energiepolitisch bedeutet die Pipeline eine Stärkung der deutschen Energiesicherheit, für die östlichen Nachbarn Deutschlands bedeutet sie jedoch eine große Unsicherheit. Die innenpolitische Debatte über die Energieversorgung Deutschlands prägt die deutsche Außenpolitik und zeigt ein neues Denken in Verbindung zu den östlichen Nachbarstaaten Deutschlands.

Abkürzungen

AWI	Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung
AWZ	Ausschließliche Wirtschaftszone
BDEW	Bundesverband der Energie und Wasserwirtschaft
BMBF	Bundesministeriums für Bildung und Forschung
BNE	Bruttonationaleinkommen
BUND	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
CDU	Christlich Demokratische Union
CSU	Christlich Soziale Union
EEG	Erneuerbare Energien Gesetz
FDP	Freie Demokratische Partei
HSVA	Hamburgischen Schiffbau-Versuchsanstalt
IACS	International Association of Classification Societies
IEA	Internationale Energieagentur
IODP	Integrated Ocean Drilling Program
LNG	Liquified Natural Gas
NRO	Nichtregierungsorganisationen
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschland
SRÜ	Seerechtsübereinkommen
TEHG	Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz
UAPOL	Umweltaußenpolitik
UNCLOS	UNO-Seerechtskonvention
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung

Vorwort

Die vorliegende Masterarbeit ist zweiter Teil eines Mastergrades an dem Institut für Literatur, Gebietsstudien und europäische Sprachen an der Universität zu Oslo. Der erste Teil dieses Grades besteht aus einem Praktikumsbericht über meinen Praktikumsaufenthalt an der Königlich Norwegischen Botschaft in Deutschland. An der Botschaft arbeitete ich unter anderem mit der norwegischen Außenpolitik, besonders mit der Arktispolitik Norwegens. Unter anderem habe ich für das deutsche Publikum darüber Artikel geschrieben. Einer meiner Texte wurde in Deutschland publiziert und war Teil eines Themenheftes des Zentrums für nordeuropäische Kultur und Wissenschaft e.V. Kulturhus Berlin.¹ Mein Interesse für die Arktisthematik entstand aus diesen Erfahrungen und diese Masterarbeit ist eine Weiterführung dieses Interesses.

Für die freundliche und wertvolle Unterstützung meines Betreuers Thomas Sirges möchte ich mich herzlich bedanken. Auch meiner Studienkollegin Birgitte Brørs möchte ich meine Dankbarkeit aussprechen, sie hat mir bei meiner Arbeit durch Gespräche und Diskussionen sehr geholfen. Letztendlich möchte ich mich bei meiner Frau und meiner Familie für ihre Geduld und ihr Verständnis bedanken.

¹ Warmbrodt, Frank: „Kleine Bevölkerungsexplosion südlich des Nordpols“, Webseite.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	6
1 Angewandte Theorie und Methodik.....	8
1.1 Theoretischer Hintergrund.....	8
1.2 Datenerhebung.....	12
2 Außenpolitik einer Großmacht.....	15
2.1 Der Wettlauf um die Arktis	16
2.2 Umweltaußenpolitik	18
2.3 Energieaußenpolitik.....	21
2.4 Deutsche Wirtschaftsinteressen in der Arktis.....	26
2.5 Forschungsstätte Arktis	29
2.6 Sicherheitspolitik.....	31
2.7 Schlussfolgerungen.....	33
3 Neue deutsche Nachbarschaftspolitik	35
3.1 Entwicklungen des Nord-Stream-Projektes.....	37
3.2 Restriktionen der Energieaußenpolitik	38
3.2.1 Die Rolle der Nord-Stream-Pipeline in der Energiepolitik.....	39
3.2.2 Wirtschaftliche Folgen des Nord-Stream-Projektes.....	47
3.2.3 Die Umwelt und die Nord-Stream-Pipeline	52
3.3 Auswertung der Funde.....	56
4 Schlussfolgerungen der Studie	58
5 Literatur.....	61

Einleitung

Die vorliegende Masterarbeit befasst sich mit der deutschen Außenpolitik, näher bestimmt mit dem Einfluss innerstaatlicher Akteure auf die Formulierung der Politik der Bundesregierung. Anhand zweier Fallbeispiele soll dieses Thema untersucht werden, bevor es abschließend diskutiert wird, ob sich ein Wandel in der deutschen Außenpolitik manifestiert.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Souveränität der Bundesregierung begrenzt, besonders die Außen- und Verteidigungspolitik der jungen Bundesrepublik wurden von den drei westlichen Okkupanten Frankreich, Großbritannien und die USA bestimmt. Unter diesen Voraussetzungen folgte die deutsche Außenpolitik einer Logik, die durch Selbstbeschränkung, Vorbehalte der Alliierten und die Einbindung in multi-, inter- und supranationalen Institutionen, geprägt wurde.² Mit der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten änderte sich die Politik der Bundesrepublik. Als die Bundesregierung einseitig die Unabhängigkeit Kroatiens anerkannte, zeigte Deutschland zum ersten Mal ein neues außenpolitisches Selbstbewusstsein.³ Ein Wandel im deutschen außenpolitischen Selbstverständnis ist seither zu erkennen.

Im Sommer 2007 wurde der Blick der internationalen Gesellschaft auf die Arktis gerichtet. Zwei russische Mini-U-Boote waren auf den Meeresboden unter dem geografischen Nordpol getaucht und stellten dort eine Fahne auf, um die russischen Ansprüche auf die Arktis zu untermauern.⁴ Zwar hatte der PR-Stunt keine rechtlichen Folgen, es zeigte aber, dass das Interesse einer einst vergessenen Region wieder geweckt war. Geologen vermuten in der Arktis große Mengen Rohstoffe, wie Mineralien und Energieträger.⁵ Mit der weltweiten Ressourcenverknappung und der schnell heranwachsenden Schwellenländer steigt das Interesse an den Ressourcen in der Arktis. Staaten wie USA, Russland, Kanada, China, Indien und auch Deutschland möchten sich an der Entwicklung in der Arktis beteiligen. Im zweiten

² Vgl. Schöllgen, Gregor: „Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland: von den Anfängen bis zur Gegenwart“, S. 10.

³ Vgl. Tagliabue, John: „Bold New Germany: No Longer a Political 'Dwarf'“, Webseite.

⁴ Vgl. Seidler, Christoph: „Arktisches Monopoly, Der Kampf um die Rohstoffe der Polarregion“, S. 7.

⁵ Vgl. Bird, Kenneth J., Charpentier, Ronald R.(u. a.): „Circum-Arctic resource appraisal:-estimates of undiscovered oil and gas north of the Arctic Circle“, S. 1.

Teil der vorliegenden Aufgabe wird die deutsche Außenpolitik bezüglich der Arktis untersucht.

Deutschland wird zu eins der führenden Länder im Kampf gegen den Klimawandel angesehen und zeigte große Verantwortung bei den Emissionsreduktionen der EU.⁶ Gleichzeitig debattiert man in Deutschland die Abhängigkeit von Energieimporten und die Tatsache, dass viele der weltweit größten Energievorkommen in politisch unstabilen Staaten liegen. Deutschland Importiert 70 Prozent der Verbrauchten Primärenergie.⁷ Eine neue Pipeline, Nord-Stream, in der Gas von Russland nach Deutschland fliesen soll, wurde unter Protesten östlichen Nachbarstaaten Deutschlands vorangetrieben. Die Nord-Stream-Pipeline soll Deutschland den direkten Zugang zu den Gasquellen der südlichen Arktis garantieren. Die Pipeline umgeht frühere Transitstaaten, wie Weißrussland, die Ukraine und Polen, was ihre Energiesicherheit verschlechtert. Es wird im dritten Teil dieser Arbeit untersucht, wie innerstaatliche Präferenzen die deutsche Außenpolitik unter den neuen internationalen Herausforderungen des Klimawandels und der Energieversorgung verändert.

Die vorliegende Aufgabe besteht aus drei Teilen. Im ersten Teil werden die theoretischen und methodologischen Vorgehensweisen präsentiert und diskutiert. Theoretisch stützt sich die Analyse auf das von Robert Putnam entwickelte Zweiebenen-Spiel, das es ermöglicht die Politikbildung einer Regierung unter dem Spannungsfeld innerstaatlicher und internationaler Einflüsse zu untersuchen. Methodologisch wird die Datenerhebung mittels einer detaillierten Fallstudie unternommen. Als Quellen dienen politikwissenschaftliche und journalistische Texte und Publikationen relevanter Institutionen und Organisationen. Der zweite Teil der Arbeit setzt sich mit den unterschiedlichen deutschen Interessen in der Arktis auseinander und bildet zugleich einen breiten Ausblick auf die Außenpolitik. Eine Fallstudie über die politischen Prozesse, die zur Baugenehmigung für die Nord Stream Pipeline führten, wird im dritten Teil der Arbeit untersucht. Es wird hier gezeigt, wie sich die Politik der Bundesregierung im Spannungsfeld zwischen innerstaatlichen und internationalen Interessen bildet.

⁶ Vgl. Mostert, Petra Holtrup: „Deutsche Umweltaußenpolitik: Der Gipfelstürmer und seine Grenzen“, S. 375.

⁷ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: „Energie in Deutschland“, S. 15.

1 Angewandte Theorie und Methodik

Mit Rücksicht auf die Gesamtstruktur der Arbeit werden in diesem Kapitel die theoretischen Ansätze und das methodische Vorgehen präsentiert. Der theoretische Ansatz zeichnet ein Bild der zu untersuchenden vereinfachten Realität, während das methodische Vorgehen zur Absteckung des Untersuchungsfeldes beiträgt. Die vorliegende Arbeit unterliegt mehreren Begrenzungen, die auf die Wahl des theoretischen Ansatzes und der Methodik Einfluss hatten. Es war aus diesen Gründen notwendig, einige Maßnahmen zu treffen, die zur Begrenzung des Themas beitrugen, seine Aussagekraft aber so wenig wie möglich beeinträchtigten. Dieses Kapitel setzt sich mit diesen Begrenzungen auseinander und wird die von mir getroffenen Maßnahmen und die zugrunde liegenden Gedankenprozesse dem Leser näher bringen.

1.1 Theoretischer Hintergrund

Außenpolitik ist das Produkt innerer Präferenzbildungsprozesse, Entscheidungsverfahren, bürokratischer Ablaufverfahren oder ideologischer Eliteneinkapselung, entsteht aber nicht in einem inneren oder äußeren Vakuum. Staaten bilden untereinander ihr eigenes Umfeld in dem sie miteinander in Beziehung treten können.⁸ Die inneren Präferenzbildungsprozesse werden von dem Umfeld, in dem die staatlich verfassten Gesellschaften miteinander Beziehungen führen, beeinflusst. Die Bildung und Ausführung von Außenpolitik entsteht in einem komplexen Geflecht von Akteuren, die miteinander agieren. Es ist deshalb notwendig, diese Realität aufzuteilen und zu vereinfachen.

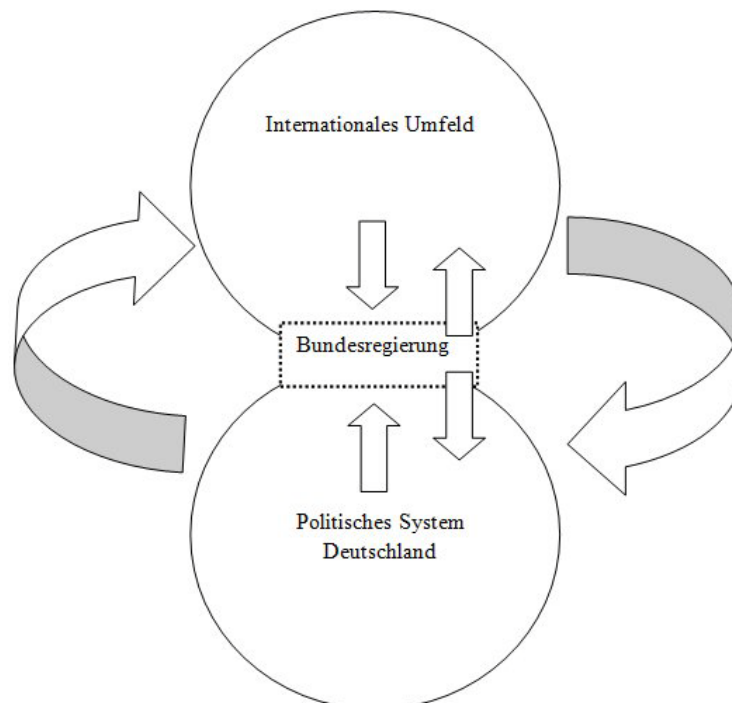
Der theoretische Ansatz des Zweiebenen-Spiels versucht jenseits der Interpretationen des Realismus, wonach innerstaatliche Präferenzen Effekte auf internationaler Ebene haben (das zweite Bild, Waltz 1959), und des Liberalismus, dass internationale Ursachen Folgen auf die

⁸Vgl. Jäger, Thomas, Höse, Alexander und Oppermann, Kai (Hrsg.): „Deutsche Außenpolitik: Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen“, S. 13.

innerstaatliche Ebene haben (das revidierte zweite Bild, Gourevitch 1978), zu gehen.⁹ Im Vergleich zu Spieltheorien, die sich auf eine Ebene konzentrieren, wo ein Staat mit einem gegebenen Interesse als Ausgangspunkt genommen wird, unternimmt das Zweiebenen-Spiel die Analyse mittels dem Staat als „Gate-Keeper“ zwischen der innerstaatlichen und internationalen Politik. In Deutschland ist die Politik auf innerstaatlicher Ebene fundamental mit der internationalen Ebene interdependent. Um Beschlüsse auf internationaler Ebene zu erklären, muss man besondere Rücksicht auf die Prozesse der inneren Politikbildung in Deutschland nehmen. Unter dieser Prämisse, haben innerstaatliche Beschlüsse auf internationale Abkommen Einfluss. Es folgt demnach logisch, dass ein Verständnis eines Zweiebenen-Spiels, mittels eines theoretischen Ansatzes eines Einebenen-Spiels, nicht gewonnen werden kann. Die Wechselwirkungen der zwei Ebenen erfordert eine simultane Analyse, was durch das Zweiebenen-Spiel gewährleistet wird.

Das Zweiebenen-Spiel

Abbildung 1. Das Zweiebenen-Spiel



⁹ Vgl. Gourevitch, Peter: „The Second Image Reversed: The International Sources of Domestic Politics“, S. 881-911.

Vgl. Kenneth Waltz: „Man, the State, and War“, S. 80.

Nach der originalen Metapher des Zweiebenen-Spiels entsteht die Außenpolitik im Spannungsfeld zwischen internationalen und innenpolitischen Handlungsrestriktionen.¹⁰ Innenpolitische Akteure vertreten ihre Interessen, indem sie Druck auf die Regierung ausüben, damit diese die präferierten Standpunkte auf der internationalen Ebene vertritt. Politiker können sich Macht verschaffen, indem sie eine Koalition innerstaatlicher Interessen bildet. Auf der internationalen Ebene versuchen die Entscheidungsträger innenpolitischen Präferenzen gerecht zu werden und gleichzeitig dabei die negativen Folgen internationaler Entwicklungen zu minimieren. Beide Ebenen müssen von den Entscheidungsträgern in Betracht gezogen werden, weil Staaten souveräne Einheiten bilden, aber auch interdependent sind.¹¹ Diplomatische Strategien und Taktiken werden von dem, was andere Staaten akzeptieren können und was innenpolitisch ratifizierbar ist, begrenzt. Diplomatie wird in diesem Sinne zu einem Prozess internationaler Interaktion, in dem man versucht, die Reaktionen der anderen Akteure zu antizipieren und zu beeinflussen, dass gilt auf der innerstaatlichen wie auf der internationalen Ebene.¹² Regierungen sind die zentralen Akteure im Zweiebenen-Spiel. Sie können andere Akteure auf den jeweiligen Ebenen gegeneinander ausspielen, indem sie ihre Kontrolle über Informationen und Ressourcen ausnutzen oder die politische Schwerpunktsetzung festlegen. Die Interdependenz der beiden Ebenen macht es den Regierungen möglich, ihre angestrebten Ziele zu erreichen, indem sie eine Ratifikationssperre oder große Kosten auf der jeweiligen Ebene androhen. Regierungen unterliegen grundsätzlich der Notwendigkeit, ihr außenpolitisches Handeln auf der innerstaatlichen Ebene zu ratifizieren. Was innenpolitisch ratifizierbar ist, definiert somit die Grenzen des außenpolitischen Handlungsspielraums der Regierung.¹³ Der Ratifikationsprozess ist nicht an formalrechtliche Prozesse gebunden, wie inner- oder außerparlamentarische Referenda, sondern kann auch informelle Formen annehmen. Mit Ratifikation sind die notwendigen Entscheidungsprozesse auf der innerstaatlichen Ebene gemeint, die zur Unterstützung einer auf der internationalen Ebene vereinbarten Übereinkunft gebraucht werden.¹⁴ Die Summe aller Maßnahmen, die auf der innerstaatlichen Ebene ratifizierbar sind, wird als win-set definiert. Größere win-sets steigern die Wahrscheinlichkeit einer Vereinbarung auf der internationalen Ebene. Per Definition muss eine Vereinbarung auf

¹⁰ Vgl. Putnam, Robert, D.: „Diplomacy and Domestic Politics: The Logic of Two-Level-Games“, S. 434.

¹¹ Ebd.

¹² Vgl. Moravcsik, Andrew: „Introduction: Integrating International and Domestic Theories of International Bargaining“, S. 15.

¹³ Vgl. Jäger, Thomas, Höse, Alexander und Oppermann, Kai (Hrsg.): „Deutsche Außenpolitik: Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen“, S. 41.

¹⁴ Vgl. Putnam, Robert, D.: „Diplomacy and Domestic Politics: The Logic of Two-Level-Games“, S. 437.

der internationalen Ebene innerhalb des win-sets auf innerstaatlicher Ebene aller beteiligten Akteure liegen:¹⁵

Da Regierungen diese Grenzen bei ihrer außenpolitischen Entscheidungsfindung zu antizipieren versuchen, um ein Scheitern der innenpolitischen Ratifikation ihrer Außenpolitik zu vermeiden, wirkt das Bewusstsein um das Erfordernis der Ratifikation nicht erst im Anschluss an außenpolitisches Regierungshandeln auf internationaler Ebene, sondern bereits im Vorhinein während des gesamten außenpolitischen Entscheidungsprozesses als primäre innenpolitische Restriktion von Außenpolitik. Das Ratifikationserfordernis ist im Zwei-Ebene-Ansatz, damit das theoretische Bindeglied zwischen den beiden analytisch unterschiedenen Spielebenen, über das die Anreize und Zwänge der innerstaatlichen Ebene zueinander in Beziehung gesetzt werden.¹⁶

Dabei sind Informationen im Zweiebenen-Spiel ein wichtiger Faktor. Die Regierungen funktionieren als Informationsdrehscheibe zwischen den Akteuren auf beiden Ebenen, was ihnen ein Informationsvorsprung verschafft, den sie zur Beeinflussung der Akteure auf den jeweiligen Ebenen benutzen können. Die Drohung eines Entscheidungsträgers auf internationaler Ebene, dass eine angestrebte Vereinbarung nicht im Bereich des win-sets liegt und deshalb eine Ratifikation auf der innerstaatlichen Ebene nicht möglich ist, kann Zugeständnisse des Verhandlungspartners erzwingen. Unter dieser Voraussetzung kann eine Regierung eine wenig flexible und kompromissfeindliche Außenpolitik führen, indem sie auf die Möglichkeiten ihres win-sets hinweist. Auf der anderen Seite hängt die Ratifikation eines auf internationaler Ebene geschlossenen Vertrages von den Kosten einer gescheiterten Ratifikation auf innerstaatlicher Ebene ab. Bei einem Ratifikationsscheitern auf innerstaatlicher Ebene handelt es sich nicht immer um das Bestehen des Status quo, sondern könnte auch erhöhte politische, wirtschaftliche u. a. Kosten für innerstaatliche Akteure bedeuten. Eine Regierung kann auf den jeweiligen Ebenen vortäuschen, dass die Kosten einer gescheiterten Ratifikation größer wären als vorher antizipiert. Das win-set wird von den Kosten einer ausbleibenden Ratifikation beeinflusst. Es gibt große Informationslücken bei der Einschätzung des win-sets der Verhandlungspartner auf internationaler Ebene. Als rationelle Akteure werden Regierungen und innerstaatliche Akteure versuchen, die Informationslücke zu schließen, um ihre politischen Handlungsbegrenzungen besser zu kontrollieren. Interessenkoalitionen können deshalb zwischen Akteuren auf internationaler und innerstaatlicher Ebene über die Grenzen verschiedener Staaten entstehen. Eine Regierung kann zum Beispiel das win-set einer Regierung, mit der man verhandelt, vergrößern, indem man sich mit der Opposition trifft, Entwicklungshilfe verspricht oder indem man den

¹⁵ Vgl. Putnam, Robert, D.: „Diplomacy and Domestic Politics: The Logic of Two-Level-Games“, S. 437-438.

¹⁶ Jäger, Thomas, Höse, Alexander und Oppermann, Kai (Hrsg.): „Deutsche Außenpolitik: Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen“, S. 41-42.

Verhandlungspartner mächtiger darstellt als er in Realität ist.¹⁷ Gelingt es einem Verhandlungspartner das win-set des anderen größer darzustellen, kann er dafür Kompromisse und Flexibilität auf der internationalen Ebene fordern.

Mit der Präsentation des Zweiebenen-Spiels ist nun die theoretische Grundlage der Arbeit vorgestellt. Die Bundesregierung gilt als wichtigster Akteur und ich werde mich mit deren Außenpolitik beschäftigen, insbesondere mit deren Arktispolitik und die innenpolitischen Hintergründe der genehmigten Nord-Stream-Pipeline.

1.2 Datenerhebung

Die deutsche Arktispolitik und die Nord-Stream-Pipeline sind wenig erforschte Themen der deutschen Außenpolitik. Falluntersuchungen können nach meiner Meinung deshalb einen nützlichen Beitrag zur Forschung leisten, weil sie mit grundlegenden Erkenntnissen zur Forschung beitragen können. Die Stärken einer Fallstudie anderen Forschungsmethoden gegenüber bestehen darin, Antworten auf explorative, deskriptive und/oder explanative Fragen zu liefern:¹⁸

Die besonderen Stärken einer Fallstudie liegen im Vergleich zu quantitativen Erhebungen in der umfassenderen und dadurch besseren Abbildung der sozialen Wirklichkeit. Sie bleibt nicht auf statische Momentaufnahmen (wie bei quantitativen Längs- oder Querschnittuntersuchungen) beschränkt, sondern erlaubt es, Entwicklungen, Prozessabläufe und Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge nachzuvollziehen sowie praktische relevante, datenbasierte Aussagen zu treffen.¹⁹

Eine Fallstudie erlaubt dem Forscher einen Fall intensiv zu untersuchen, obwohl nur begrenzte Forschungsressourcen zur Verfügung stehen, was bei dem Erstellen dieser Arbeit ein großer Vorteil war.²⁰ Präzise definiert wird eine Fallstudie als „an intensive study of a single unit for the purpose of understanding a larger class of (similar) units“.²¹ Die Studie unterliegt den Richtlinien einer *interpretativen* Fallstudie, die nach Lijphart aufgrund des Interesses für den zu untersuchenden Fall gewählt wird und nicht wegen des Interesses, eine generelle Theorie zu definieren.

¹⁷ Vgl. Putnam, Robert, D.: „Diplomacy and Domestic Politics: The Logic of Two-Level-Games“, S. 454-456.

¹⁸ Vgl. Borchardt, Andreas und Göthlich, Stephan E.: „Erkenntnisgewinnung durch Fallstudien“, S. 40.

¹⁹ Ebd.

²⁰ Vgl. Lijphart, Arend: „Comparative Politics and the Comparative Method.“, S. 691.

²¹ Gerring, John: „What Is a Case Study and What Is It Good for?“, S. 342.

In these studies, a generalization is applied to a specific case with the aim of throwing light on the case rather than of improving the generalization in any way. Hence they are studies in “applied science.” Since they do not aim to contribute to empirical generalisations, their value in terms of theory-building is nil. On the other hand it is precisely the purpose of empirical theory to make such interpretative case studies possible.²²

Obwohl die Fallstudie viele Stärken besitzt, erinnert Gerring daran, dass eine Fallstudie eine alleinstehende Untersuchung ist.²³ Die Ergebnisse können nicht einfach auf andere Gebiete generalisiert werden. Sie können aber zu generellen Theorien führen, indem der Forscher durch die Ergebnisse einer Fallstudie Tendenzen erahnt, die er in einer folgenden Studie nachgeht. Eine Studie über die innerstaatlichen Prozesse, die zum Bau der Nord-Stream-Pipeline geführt haben, kann nach diesem Prinzip zu einer Studie über die Auswirkungen der innerstaatlichen Prozesse auf die Bildung der Außenpolitik erweitert werden. Hierbei können dann generelle Schlussfolgerungen gezogen werden. Forscher können Fallstudien in einem zirkulären Prozess benutzen, indem sie eine Einheit eingehend beschreiben, deren Erkenntnisse dann die Grundlage zu einer quantitativen Untersuchung bilden.

Es folgt aus den Begrenzungen einer Fallstudie und der Themenwahl, dass die Ergebnisse nur begrenzte Gültigkeit haben. Externe und interne Faktoren können sich ändern, wie ein internationales Abkommen zum Schutz der Arktis oder wenn es sich herausstellt, dass die berechneten Ressourcenvorkommen in der Arktis falsch waren.

Im Licht der oben präsentierten Theorie und Methodik werden im zweiten und dritten Teil der Arbeit Fallbeispiele untersucht. Nach der Theorie des Zweiebenen-Spiels entsteht die Außenpolitik im Spannungsfeld zwischen internationalen und innenpolitischen Handlungsrestriktionen. Die Fallbeispiele werden sich auf die innenpolitischen Handlungsrestriktionen konzentrieren. Es wird aber darauf Rücksicht genommen, dass die innenpolitischen und außenpolitischen Ebenen miteinander interagieren. Die Untersuchungsobjekte der Fallbeispiele erschienen mir als gute Beispiele dafür, wie sich das außenpolitische Handeln der Bundesregierung im Spannungsfeld zwischen innenstaatlichen und außenpolitischen Interessen entwickelt. Ziel der Fallstudien ist es zu untersuchen, ob es einen Wandel in der Außenpolitik Deutschland gegeben hat.

²² Lijphart, Arend: „Comparative Politics and the Comparative Method.“, S. 692.

²³Vgl. Gerring, John: „What Is a Case Study and What Is It Good for?“, S. 350.

Abbildung 2. Die innenpolitischen Restriktionen deutscher Außenpolitik:²⁴

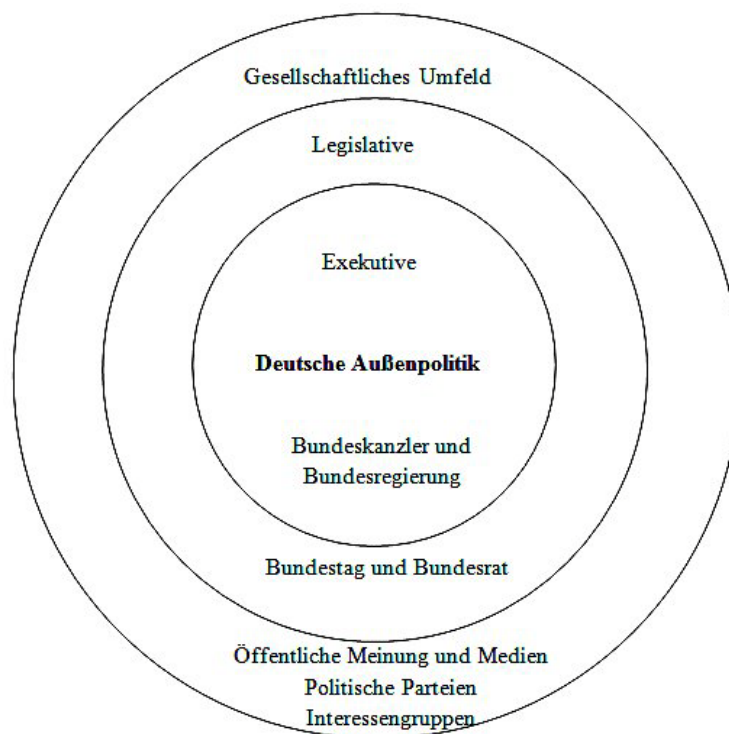


Abbildung 2 veranschaulicht die Rollen der verschiedenen Akteure auf der innenpolitischen Ebene und deren außenpolitische Einflusschancen. Ausgehend von dem Zentrum des Zirkels werden abnehmende Beteiligungschancen am formalen Ratifikationsprozess den verschiedenen Akteuren zugerechnet. Es konnte in den Fallbeispielen nicht auf alle Akteure Rücksicht genommen werden, da dies zu umfangreich gewesen wäre. Ich habe mich aus diesem Grund auf Schlüsselakteure konzentriert.

²⁴ Jäger, Thomas, Höse, Alexander und Oppermann, Kai (Hrsg.): „Deutsche Außenpolitik: Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen“, S. 43.

2 Außenpolitik einer Großmacht

Mit einem neuen Selbstbewusstsein hat sich die Außenpolitik Deutschlands verändert. Eine Arena dieser Politik ist die zukünftige Entwicklung der Arktis, wo die Bundesregierung eine gestaltende Rolle einnehmen möchte. Deutschland liegt hunderte von Kilometern unter dem Polarzirkel (Karte: blauer Zirkel) und hat folglich keine geografische Anbindung an die Region. Deutschland besitzt trotzdem ein strategisches Interesse in der Arktis und hat sogar eine eigene Arktisstrategie formuliert. In diesem Teil der Arbeit werden die Interessen Deutschlands an die Entwicklung und Nutzung der Arktis vorgestellt und diskutiert.

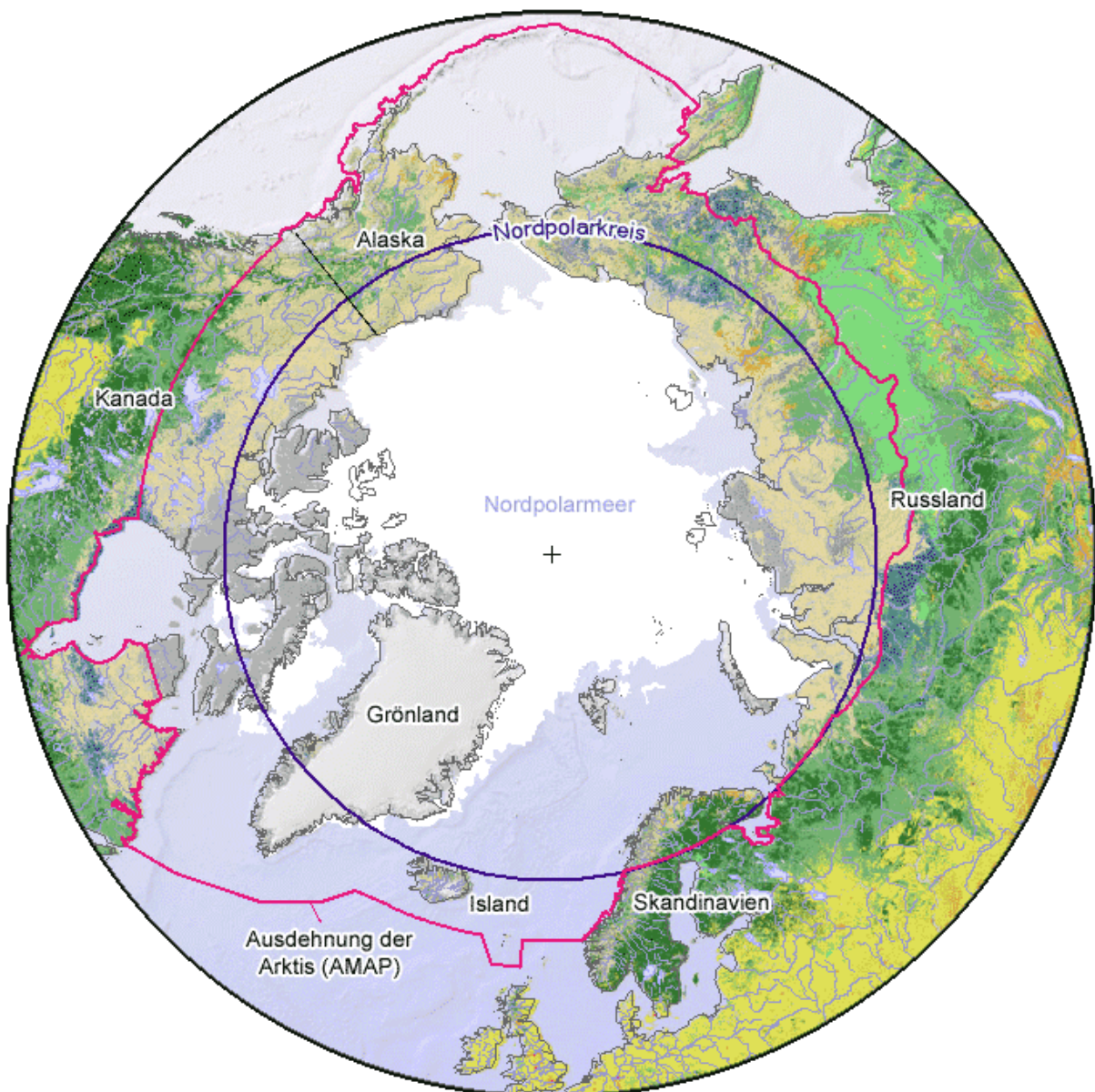


Bild: Wikimedia

Es kristallisieren sich deutlich deutsche Interessen in der Arktis heraus, wenn man die Reden deutscher Regierungsmitglieder oder die Publikationen der jeweiligen Ministerien analysiert.²⁵ Nach einer Auseinandersetzung mit der vorhandenen Literatur zum Thema meine ich, dass die folgenden Dimensionen der Arktisstrategie, für Deutschland besonders wichtig sind: Klimawandel, Energie, Sicherheitspolitik, Forschung und Wirtschaftsinteressen. Diese Themen spielen auf der deutschen innerstaatlichen Ebene eine Rolle. Sie werden getrennt vorgestellt und diskutiert.

2.1 Der Wettlauf um die Arktis

Vor hundert Jahren war die Arktis Schauplatz eines Wettrennens. Die großen Mächte hatten ein marginales Interesse an der Region, aber viele Abenteuerlustige machten sich in die Einöde am Nord- und Südpol auf. Unter den Polfahrern gab es auch viele Forscher, die in der Arktis Forschung betrieben und bei der Rückkehr, als Nationalhelden gefeiert wurden. Auch deutsche Forscher waren dabei; der bekannteste ist ohne Zweifel Alfred Wegener, dessen Namen heute das Institut für Polar- und Meeresforschung in Bremerhaven trägt. Zur Zeit der Abenteuerer und Forscher war man sich noch nicht im Klaren, ob es unter dem Nordpol Festland gab, von dem man im Namen seines Staates Besitz ergreifen konnte. Als der US-Amerikaner Robert Peary von seiner Arktisexpedition 1909 zurückkehrte, schrieb er dem US-Präsidenten William Taft: „I have the honour to place the North Pole at your disposal“.²⁶ Auch Roald Amundsen konnte auf seinen Expeditionen in den Jahren 1925 und 1926 von den „herrenlosen Gebieten“ im Namen Norwegens Besitz nehmen.²⁷ Es gibt aber unter dem Nordpol kein Festland. Nach der geltenden Rechtsprechung konnte man von den Meeresgebieten nicht Besitz nehmen, weil diese zu weit entfernt vom Festland lagen. Es gab aber erweiterte Deutungen eines sowjetischen Dekrets vom 15. April 1926, das alle Land- und Inselgruppen von der sowjetischen Nordgrenze bis zum Nordpol für sowjetisches Territorium

²⁵ Vgl. Auswärtiges Amt: „20.000 Meilen unter dem Nordmeer“, Webseite.

Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: „Staatssekretär Jochen Homann begrüßt die Mitteilung der EU-Kommission zur Arktis“, Webseite.

²⁶ Vgl. Jensen, Øystein: „Kontinentalsokkelkrav i Polhavet: Alminnelig havrett eller folkerett sui generis?“, S. 410.

²⁷ Vgl. ebd.

erklärte, es umfasste auch die Meeresgebiete. Diese Deutung wurde aber nie von offizieller sowjetischer oder russischer Seite vertreten.²⁸

Als der Kalte Krieg Ost und West teilte, fuhren Atom-U-Boote unter dem ewigen Eis, das den Nordpol bedeckte. Damit die U-Boote ihre Nuklearwaffen erfolgreich abschießen konnten, durfte die Dicke der Eiskappe nicht zu dicht sein. Deshalb nahmen die U-Boote während des Kalten Krieges kontinuierlich Messungen der Eisdicke vor.²⁹ Weil der Abstand unter dem Eis zwischen Russland und den USA kürzer war, wurde die militärstrategische Rolle der Arktis aufgewertet. In dem geopolitischen Machtkampf der beiden Supermächte hatte jedoch die Arktis nur eine marginale Bedeutung.

In den Jahren nach dem Kalten Krieg verschwand die Arktis aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit. Außer Einzelfällen, wie private Expeditionen durch abenteuerlustige Individualisten oder Kampagnen von Naturschutzorganisationen gab es wenig über die Arktis zu berichten. Natürlich wurde weiterhin Forschung in der Arktis betrieben, aber die großen Schlagzeilen gab es nicht vor 2007. Eine russische Mini-U-Boot-Expedition wollte die russische Präsenz in der Arktis unterstreichen, indem sie auf dem Meeresboden unter dem Nordpol eine Fahne pflanzte. Dadurch wollte man zeigen, dass der Lomonossow-Rücken, der sich quer über das Nordpolarmeer von Russland im Nordosten bis Kanada und Grönland im Südwesten erstreckt, eine natürliche Erweiterung des russischen Festlandsockels sei.³⁰ Der PR-Stunt bekam im medienflauen Sommermonat enorme Mediendeckung und hat bei vielen Staaten zu Reaktionen und Protesten geführt. Unter diesen waren die vier anderen Arktisanrainer, aber auch der deutsche Außenminister hat zum Ereignis eine Aussage gegeben: „Wir haben einen Kalten Krieg am Nordpol zu vermeiden.“³¹ Der zweite Wettlauf um die Arktis war begonnen.

²⁸ Vgl. Jensen, Øystein: „Kontinentalsokkelkrav i Polhavet: Alminnelig havrett eller folkerett sui generis?“, S. 410.

²⁹ Vgl. Seidler, Christoph: „Arktisches Monopoly, Der Kampf um die Rohstoffe der Polarregion“, S. 75.

³⁰ Vgl. Jensen, Øystein: „Kontinentalsokkelkrav i Polhavet: Alminnelig havrett eller folkerett sui generis?“, S. 406.

³¹ Süddeutsche.de: „Steinmeier warnt vor ‚Kalttem Krieg‘“, Webseite.

2.2 Umweltaußenpolitik

Messungen aus den Tagen des Kalten Krieges liefern heute den Forschern Daten über die großen Veränderungen in der Polarregion.³² Heute fahren nicht mehr so viele U-Boote unter dem Eis wie in den Tagen des Kalten Krieges. Nicht nur, weil der Konflikt zu Ende ist, sondern auch weil es nicht immer Eis über dem Nordpol gibt. Im Laufe von hundert Jahren, so berechnen Forscher, wird es ganzjährig keine Eiskappe mehr um den Nordpol geben.³³ In den letzten Jahren haben viele Forscher davor gewarnt, dass Klimaänderungen durch den Ausstoß von Treibgasen beschleunigt werden. Die Folgen des Klimawandels in den polaren Gebieten haben über die Region hinaus weitreichende Konsequenzen und großen Einfluss auf Wetterphänomene in anderen Regionen und auf den Golfstrom.³⁴ Prognostizierte Veränderungen würden zu Überschwemmungen führen und den Zugang zu Trinkwasser erschweren.³⁵ Mit einer Erhöhung von 2 Grad Celsius im nächsten Jahrhundert, was nach dem UNO-Klimapanel unumgänglich ist, könnten 15 bis 40 Prozent aller landlebenden Tiere vom Aussterben bedroht sein; Korallenriffe würden von dem schwach sauren Meereswasser angegriffen, der erhöhte CO²-Anteil in der Luft macht das Meereswasser leicht säurehaltig; und große Flächen der Tundra würden auftauen.³⁶ Arktische Regionen folgen nicht dem gewöhnlichen Trend des Klimawandels, da die Temperaturen hier doppelt so schnell steigen, verglichen mit dem Rest der Erde. Es gibt durch die prognostizierten Klimaänderungen nicht nur negative Folgen für die Arktis: Landwirtschaft könnte in Teilen Nord-Russlands und Kanadas betrieben werden, die Förderung von Mineralien, Gas und Erdöl könnten mit geringerem Aufwand bewerkstelligt werden, die Navigation von Schiffen in der Arktis würde durch eisfreie Meeresgebiete erleichtert werden und die Heizkosten der einheimischen Bevölkerung würden sinken.³⁷

Die Kosten des Klimawandels sind externe Kosten. Sie sind nicht in den Marktpreisen enthalten und werden deshalb nicht von den Verursachern oder den Kunden getragen. Die Kosten müssen deshalb von der gesamten Menschheit gemeinschaftlich getragen werden. Die

³² Vgl. Seidler, Christoph: „Arktisches Monopoly, Der Kampf um die Rohstoffe der Polarregion“, S. 75.

³³ Ebd., S. 72.

³⁴ Ebd., S. 69.

³⁵ Vgl. Stern, Nicholas: „The Economics of Climate Change: The Stern Review“, S. 63.

³⁶ Vgl. Pachauri, R.K. und Reisinger, A. (Hrsg.): „Climate Change 2007: Synthesis Report“, S. 52.

Vgl. Stern, Nicholas: „The Economics of Climate Change: The Stern Review“, S. 7.

³⁷ Vgl. Ebd., S. 7-8.

reichen Industrieländer standen und stehen für den größten Teil der Klimagasemissionen, und nach dem siebenten Prinzip der Rio-Deklaration sollen die Industrieländer auch den größten Teil der Kosten tragen.³⁸ Die Rio-Deklaration war das Ergebnis der ersten großen internationalen Konferenz zum Schutz der Umwelt und beinhaltet 27 Prinzipien, die den Weg in eine nachhaltige Zukunft ermöglichen sollen.³⁹ Um die Kosten des Klimawandels zu berechnen beauftragte der damalige britische Finanzminister Gordon Brown die Stern-Kommission einen Bericht über die finanziellen Auswirkungen des Klimawandels zu fertigen.⁴⁰ Nach den Berechnungen des Stern-Berichts werden die Entwicklungsländer die Folgen des Klimawandels am härtesten spüren. Die Kosten des Klimawandels betragen, wenn man die Klimagasemissionen nicht senkt, 5 bis 10 Prozent des globalen Bruttonationaleinkommens (BNE).⁴¹ Der externe Charakter der Kosten überführt die Kosten des Klimawandels nicht auf die Produzenten. Eine einseitige Übertragung der Kosten auf die Produzenten eines Staates, durch die Gesetzgebung, würde die internationale Konkurrenzfähigkeit der betroffenen Wirtschaft verschlechtern. Es gibt höchstens PR-Gewinne, wenn man ein Produkt als klimafreundlich vermarktet. Der Weltmarkt beinhaltet noch keine Mechanismen, wodurch die Kosten des Klimawandels auf die Verursacher übertragen werden. Marktversagen muss durch Politik kompensiert werden. Umweltaußenpolitik (UAPOL) ist deshalb ein wichtiges Instrument, die Staatengemeinschaft dazu zu bewegen die Kosten des Klimawandels auf die Produzenten zu verlegen. Ein öffentliches Bewusstsein für die Folgen der Umweltverschmutzung erwachte erst langsam ab den 1960er-Jahren. Politisch manifestierte sich dieses Bewusstsein in Verhandlungen und Institutionen auf internationaler Ebene.⁴² Die Agenda 21, die 1992 das Ergebnis der Rio-Konferenz war, beinhaltete zum ersten Mal Angaben zu Mechanismen, um Treibgasemitter zu besteuern.⁴³ Allerdings verursachte das Fehlen verbindlicher Verpflichtungen zur Begrenzung der Emissionen Besorgnis. Das Kyoto-Protokoll ist das Ergebnis dieses Besorgnis, aber auch dieses ließ viele Problemstellungen offen und einer der größten Emittenten, die USA, ratifizierten den Vertrag nicht.⁴⁴ Weiterführende Verhandlungen über ein verbindliches internationales Emissionsregime fand im Dezember 2009 in Kopenhagen statt. Diese Verhandlungen führten

³⁸ Vgl. Jäger, Thomas, Höse, Alexander und Oppermann, Kai (Hrsg.): „Deutsche Außenpolitik: Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen“, S. 376.

Vgl. Baylis, John und Smith, Steven: „The Globalization of World Politics“, S. 469.

³⁹ Vgl. United Nations Environment Program: „Rio Declaration on Development and Environment“, Webseite.

⁴⁰ Vgl. Her Majesty's Treasury: „Background to Stern Review on the Economics of Climate Change“, Webseite.

⁴¹ Vgl. Stern, Nicholas: „The Economics of Climate Change: The Stern Review“, S. 143.

⁴² Vgl. Baylis, John und Smith, Steven: „The Globalization of World Politics“, S. 454.

⁴³ Vgl. ebd., S. 469.

⁴⁴ Vgl. Baylis, John und Smith, Steven: „The Globalization of World Politics“, S. 470-471.

zu einem schwachen Abkommen, das keine Möglichkeit, Sanktionen gegen Klimasünder zu verhängen, beinhaltet.⁴⁵ Deutschland, das seit vielen Jahren als Klima- und Umweltvorreiter dastand, muss somit alle Regelungen zur Senkung des CO₂-Ausstoßes entweder unilateral, im Rahmen der EU oder bilateral vereinbaren. Deutschland muss, um nicht international an Prestige zu verlieren, seine Klimaziele einhalten, was aber den Wirtschaftsstandort Deutschland im weltweiten Wettbewerb unattraktiver machen kann.⁴⁶ Es ist aber Ziel der Bundesregierung, den Kohlendioxidausstoß bis zum Jahr 2050 im Vergleich zum Referenzjahr 1990 um 40 Prozent zu reduzieren.⁴⁷ Trotzdem sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel Dezember 2008 kurz vor einem EU-Gipfel, dass sie keine Klima-Beschlüsse fassen wollte, die Arbeitsplätze oder Investitionen gefährden.⁴⁸ Eine unterliegende Problemstellung ist hier zu erahnen, dass der angestrebte Klimaschutz nur schwer mit den Wirtschaftsinteressen zu vereinbaren ist. Durch die Präsenz von unterschiedlichen Akteuren auf der innerstaatlichen Ebene wird der außenpolitische Handlungsraum der Bundesregierung begrenzt. Auf internationaler Ebene verliert die Bundesregierung durch ihr inkonsequentes Verhalten an Legitimität. Nicht nur ihre Umweltaußenpolitik, sondern die gesamte Außenpolitik leidet darunter.

Deutschland galt lange als Vorreiter in der internationalen Umweltpolitik und ist mit 125 umweltpolitisch relevanten multilateralen Abkommen in Europa eines der führenden Länder.⁴⁹ Es gibt ein ausgeprägtes umweltpolitisches Interesse an der Arktis seitens Deutschlands. Die oben ausgeführten Folgen des Klimawandels würden in der Arktis früher feststellbar sein, weil sich hier die Veränderungen mit doppelter Geschwindigkeit vollziehen und würden auch in weit entfernten Ländern große Konsequenzen haben. Dem Stern-Bericht zufolge rechnet man mit der Überschwemmung großer Areale in den nächsten hundert Jahren, wenn man der Erwärmung der Arktis nicht entgegenwirkt.⁵⁰ Langzeitkosten des veränderten Klimas in der Arktis würden auch auf Deutschland zukommen, in Form von Klimaflüchtlingen, Aufrüstung der Infrastruktur, unnatürlichen Wetterphänomenen mit Konsequenzen für die Landwirtschaft, Überschwemmungen und Dürren und anderen

⁴⁵ Vgl. Offizielle Homepage der UNO-Klimakonferenz COP-15: „Klimaaftale opnæet i København“, Webseite.

⁴⁶ Vgl. Mostert, Petra Holtrup: „Deutsche Umweltaußenpolitik: Der Gipfelstürmer und seine Grenzen“, S. 375.

⁴⁷ Vgl. Bundesregierung: „Die Klimapolitik der Bundesregierung“, Webseite.

⁴⁸ Vgl. Vi tor, Marcel und Oldag, Caspar: „Klimapolitik: Das Zugpferd lahm Deutschlands Außenpolitik braucht ein neues Großprojekt“, Webseite.

⁴⁹ Vgl. Mostert, Petra Holtrup: „Deutsche Umweltaußenpolitik: Der Gipfelstürmer und seine Grenzen“, S. 375.

⁵⁰ Vgl. Stern, Nicholas: „The Economics of Climate Change: The Stern Review“, S. 81.

unüberschaubaren Folgen. Es besteht deshalb ein großes Interesse in Deutschland daran, Maßnahmen gegen die globalen Klimaänderungen einzuleiten

2.3 Energieaußenpolitik

Energie wird definiert als die Fähigkeit, Arbeit zu leisten; Arbeit ist der wichtigste Faktor, um natürliche Rohstoffe in höherwertige Güter und Dienstleistungen zu verwandeln (...) Wegen seiner zentralen volkswirtschaftlichen Bedeutung unterliegt der Energie- und Rohstoffsektor traditionell einer intensiven staatlichen Aufsicht, Regulierung und Kontrolle. Dafür gibt es viele Anlässe: technische und ökologische, monopolistische Strukturen und Betriebsgrößen, fiskalische und ordnungspolitische Ansprüche und Anforderungen.⁵¹

Ein wichtiger Bestandteil der deutschen Sicherheitspolitik wurde im Laufe des neuen Jahrtausends die Frage der Energiesicherheit. Seit dem russisch-ukrainischen Gasstreit im Winter 2006 wird das Thema immer wieder aufgegriffen und bildet die Grundlage für die Kritik an der deutschen Energiestrategie.⁵² Problematisch wird es, wenn man bedenkt, dass die größten Vorkommen an leicht zugänglichen Energieressourcen in den Territorialbereichen politisch instabiler Staaten fallen. Für Deutschland ist diese Situation besonders prekär, weil 70 Prozent der verbrauchten Primärenergie importiert wird.⁵³

Damit die Ansprüche aller Gesellschaftsakteure in der deutschen Energiepolitik bestmöglich vertreten werden, orientiert sich das staatliche Eingreifen im Energiesektor an einem Zieldreieck: Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit.

Energieträger sollen der Gesellschaft bei Bedarf in ausreichenden Mengen zur Verfügung stehen, sie sollen für Verbraucher preiswert und für Produzenten rentabel sein, und sie sollen die Lebensgrundlage der Menschen so wenig wie möglich beeinträchtigen.⁵⁴ Das Ausbalancieren dieser Interessengegensätze prägt die Diskussion über die Energiefrage in Deutschland. Dabei steht die Abhängigkeit von Energieimporten und deren Auswirkungen auf das Zieldreieck in jüngster Zeit im Zentrum der Debatte.⁵⁵

⁵¹ Häckel, Erwin: „Energie und Rohstoffpolitik“, S. 639-641.

⁵² Vgl. Götz, Roland: „Energie- und Außenpolitik“ S. 12.

Vgl. Umbach, Frank: „Deutsche Außenpolitik und Energiesicherheit“, S. 354.

⁵³ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: „Energie in Deutschland“, S. 15.

⁵⁴ Vgl. Häckel, Erwin: „Energie und Rohstoffpolitik“, S. 641.

⁵⁵ Vgl. Umbach, Frank: „Energiesicherheit im 21. Jahrhundert. Die verkannte Bedeutung der zukünftigen Versorgungssicherheit“, S. 12-13.

Energiereiche Länder haben gegenüber energiearmen Ländern einen Vorteil, indem sie ihre Ressourcen als Machtwerkzeug einsetzen können. Spätestens seit dem Gasstreit mit der Ukraine wissen die europäischen Gaskonsumenten, dass Russland seine Energieressourcen als machtpolitisches Werkzeug einsetzen kann. Russland folgt hier dem weltweiten Trend, wonach sich das Machtverhältnis zwischen Energieproduzenten und Konsumenten grundlegend zugunsten der Energieproduzenten verändert. Der Wirtschaftler und Kolumnist für The New York Times, Thomas Friedman, geht davon aus, dass ein Zusammenhang zwischen Ölpreis und dem demokratischen Reformwillen der ölexportierenden Staaten besteht. Er spricht deshalb von dem ersten Gesetz der Petropolitik, wonach sich der Ölpreis und die Freiheit der Bürger der Pertostaaten in entgegengesetzte Richtungen bewegen. Staaten, die schon stabile demokratische Traditionen hatten, bevor sie Rohstoffexporteure wurden, wie Norwegen oder Großbritannien, sind nicht vom ersten Gesetz der Petropolitik betroffen. Friedmann verweist auf das geänderte außenpolitische Auftreten von Staaten wie Russland, Iran und Venezuela nachdem die Rohstoffpreise stiegen.⁵⁶

Eine Möglichkeit, den Machteinfluss eines Energielieferanten zu umgehen, besteht darin, die Energiegrundlage zu differenzieren. Hierdurch kann man die Macht eines dominanten Akteurs brechen. Der andere Weg, seine Versorgungssicherheit zu gewährleisten, besteht darin, auf viele Energieträger zurückzugreifen. Eine Kombination beider Lösungen wäre der sicherste Weg. Deutschland importiert über 70 Prozent des Primärenergieverbrauchs, der 2008 aus 30 Prozent Mineralöl und 20 Prozent Gas bestand.⁵⁷

Tabelle 1: Rohölbezugsquellen Deutschlands⁵⁸

Rohöl in Mio. t	1991	2000	2008
Europa	22,7	31,6	30,1
Russland	14,0	29,6	33,6
Naher Osten	18,2	13,5	16,0
Afrika	27,1	21,3	8,8
Übrige	6,8	7,4	16,8
Total	88,8	103,4	105,3

⁵⁶ Vgl. Friedman, Thomas L.: „The First Law of Petropolitics“, S.27.

⁵⁷ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: „Energie in Deutschland“, S. 15.

⁵⁸ Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: „Energie in Deutschland“, S. 15.

Russland hat eine wichtige Rolle als Deutschlands Rohöllieferant eingenommen. Deutschland importiert 98 Prozent des verbrauchten Rohöls. Technisch gesehen ist Öl ein vorteilhafter Energieträger, weil er in flüssiger Form über große Abstände ohne Qualitätsverlust transportiert werden kann. Rohöl wird traditionell auf dem Weltmarkt umgesetzt, wo der Preis von der Nachfrage bestimmt wird. In den letzten Jahren gab es im Laufe von kurzen Zeiträumen hohe Preisschwankungen am Ölmarkt. Die Preise pendeln seit den Terroranschlägen am 11. September 2001 und dem zweiten Golfkrieg zwischen 40 bis 60 Dollar pro Fass, verglichen mit 20 bis 40 Dollar vor dem Jahr 2000.⁵⁹ Hinzu kommen die rasch wachsenden Volkswirtschaften Chinas, Indiens und Brasiliens, deren Bevölkerung davon träumt, den gleichen Lebensstandard wie die reichen Industrieländer zu haben. Mit den gewachsenen Ansprüchen steigt der Energiehunger dieser neuen Spieler auf dem globalen Energiemarkt und dies wird sich in höheren Preisen niederschlagen.⁶⁰ Ein höherer Energiepreis wird sich negativ auf Deutschland als Wirtschaftsstandort auswirken, weil sich die Produktion dadurch verteuert.

Der Zugang zu Rohöl wird nicht nur über den Weltmarkt reguliert, sondern kann auch durch bilaterale Abkommen gesichert werden. China arbeitet in diesem Sinne mit einer dualen Strategie gegenüber rohstoffreichen Staaten, wie im Falle Angolas, wo große Kredite und Entwicklungshilfen im Gegenzug für Explorationsrechte vergeben werden.⁶¹ China kann dadurch private oder staatliche Unternehmen anderer Staaten von der Explorationsquelle verdrängen und somit das Rohöl vorbei am Markt für sich beanspruchen. Infolgedessen sinkt die angebotene Menge Rohöl auf dem Markt und die Preise steigen. Für Deutschland ist dies ein Problem, weil die deutsche Außen- und Energiepolitik traditionell der Annahme folgte, dass Öl und Gas wirtschaftliche und nicht strategische Güter wären.⁶² 2006 befanden sich 72-Prozent der weltweiten Ölreserven und 50 Prozent der Gasreserven in der Hand staatlicher oder semistaatlicher Unternehmen, die Tendenz zeigt in Richtung erhöhter Verstaatlichung.⁶³

⁵⁹ Vgl. Friedman, Thomas L.: „The First Law of Petropolitics“, S.29.

⁶⁰ Vgl. ebd., S. 33.

⁶¹ Vgl. Ferreira, Manuel Ennes: „China in Angola: Just a passion for oil?“, S. 295-317.

⁶² Vgl. Umbach, Frank: „Deutsche Außenpolitik und Energiesicherheit“, S. 363.

⁶³ Vgl. Umbach, Frank: „Die Neuen Herren der Welt. Öl gleich Macht: Energie-Verbraucherländer müssen umdenken“, S. 55.

Erdgas ist der zweitwichtigste Energieträger Deutschlands und wird in Zukunft eine noch wichtigere Rolle spielen. Gas ist umweltfreundlicher als Öl, weil es pro Energieeinheit weniger Schadstoffe, auch weniger CO₂, emittiert. Mit dem Atomausstieg, der bis 2021 geplant war, sollten Gaskraftwerke die Stromproduktion der Atomkraftwerke Deutschlands übernehmen, was die Rolle des Gases im deutschen Energiemix erhöhen würde.⁶⁴ Die Niederlande, Norwegen und Russland sind heute die größten Lieferanten von Erdgas.⁶⁵ 80 Prozent des verbrauchten Gases werden durch Importe gedeckt.

Tabelle 2: *Gasimporte Deutschlands*⁶⁶

Erdgasimporte in TWh	1991	2000	2008
Russland	249,8	376,0	424,4
Norwegen	94,7	215,7	291,4
Niederlande	219,3	174,4	224,8
Übrige	9,4	57,5	40,8
Total	573,2	823,6	981,4

Von 1991 bis 2008 hat sich der Gasverbrauch in Deutschland fast verdoppelt und die strategische Bedeutung des Gases in der deutschen Energieversorgung ist gewachsen. Gas muss in Rohre an den Kunden geliefert werden. Gerade weil es an ein Leitungssystem gebunden ist, besteht kein freier globaler Markt für Erdgas, wie bei Mineralöl. Es gibt eine Ausnahme von dieser Regel, indem man das Erdgas verflüssigt (Liquified Natural Gas (LNG)) und per Schiff transportiert. Ein Terminal für LNG ist seit über zwanzig Jahren in Ludwigshafen in Planung, Bauarbeiten wurden jedoch noch nicht angefangen.⁶⁷ 90 Prozent des weltweit exportierten Gases werden in Pipelines exportiert.⁶⁸ In einem Radius von 4500 Kilometern von Deutschland befinden sich 80 Prozent der weltweit bekannten Gasreserven.⁶⁹ Deutschland und Europa brauchen mehr Gas in der Zukunft, weil sich nach Schätzungen der EU-Kommission die Gasimporte zwischen 2000 und 2020 verdoppeln werden.⁷⁰ Russland hat

⁶⁴ Vgl. Umbach, Frank: „German Vulnerabilities of Energy Security“, S. 4-5.

⁶⁵ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: „Energie in Deutschland“, S. 16.

⁶⁶ Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: „Energie in Deutschland“, S. 16.

⁶⁷ Vgl. Umbach, Frank: „Europas nächster Kalter Krieg - Die EU braucht endlich ein Konzept zur Versorgungssicherheit“, S. 14.

⁶⁸ Vgl. BMWi: „Schlaglichter der Wirtschaftspolitik – Monatsbericht 03/2008“, Webseite.

⁶⁹ Vgl. Müller, Friedemann: „Sicherheit der Energieversorgung – Zu kompliziert für Europas Politiker?“, S. 6.

⁷⁰ Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften: „Report on the Green Paper on the security of energy supply“, Webseite.

zudem Pläne die großen Märkte Asiens, China, Japan und Süd-Korea, mit Gas zu beliefern.⁷¹ Bei der erwarteten Verdoppelung der europäischen Importe reichen die russischen Lieferkapazitäten nicht aus, um den europäischen Markt zu beliefern. Wenn man dazu die neuen Märkte in Asien und den wachsenden russischen Binnenmarkt mitrechnet, dann wird es in Zukunft wahrscheinlich zu Versorgungsstörungen kommen. Es könnte nach Berechnungen schon 2010 eine Gaslücke in Russland geben, das Gas aus Zentralasien importieren muss, um den inländischen Bedarf zu decken.⁷² Staatlich subventionierte Gaspreise in Russland haben in der Vergangenheit die Explorations- und Produktionsinvestitionen nicht gefördert, was die Gaslücke noch vergrößert.⁷³ Russlands Rolle als zuverlässiger Energiepartner Deutschlands und Europas hängt demnach nicht nur von dem politischen Willen in Moskau ab, sondern auch davon ab, wie viel Gas man tatsächlich exportieren kann.

Deutschland hat seine Energiepolitik bis in jüngster Zeit nicht als Teil der Sicherheitspolitik betrachtet und Energie als Wirtschaftsgut und nicht als strategisches Gut verstanden. Das Land wird es deswegen wahrscheinlich in Zukunft schwieriger haben, Energie zu importieren. Es kann als demokratischer verantwortungsbewusster Staat keine Energiestrategie wie China in Angola oder im Sudan führen. Die strategische Bedeutung der Arktis als Energiequelle Europas für die Zukunft wächst somit, weil hier bewährte Partner über die Rohstoffe Kontrolle haben. Nach Schätzungen des U.S. Geological Survey verbergen sich Energiemengen in einer Größe von 90 Milliarden Fässer Erdöl, 1,669 Trillionen Kubikmeter Gas und 44 Milliarden Fässer natürliches LNG in der Arktis.⁷⁴ Schon heute wird Gas in der südlichen Arktis aus dem Snøhvit-Feld gefördert, 140 Kilometer nordwestlich von Hammerfest in Norwegen, wo das deutsche Unternehmen RWE-DEA Explorationspartner ist.⁷⁵ Mit dem Abschmelzen des arktischen Eispanzers wird der Zugang zu den begehrten Rohstoffen erleichtert. Aus energiepolitischer Sicht ist die Arktis eine wichtige Region der Zukunft. Mit Rücksicht auf

⁷¹ Vgl. Müller, Friedemann: „Sicherheit der Energieversorgung – Zu kompliziert für Europas Politiker?“, S. 6.

⁷² Vgl. Umbach, Frank: „Die Energieversorgung Europas, ein Sicherheitsproblem“ S. 263.

⁷³ Vgl. ebd.

Vgl. Riely, Alan und Umbach, Frank: „Russisches Roulette, Gazprom und die Gaslücke – eine Gefahr für Deutschland und Europa“ S. 107.

⁷⁴ Vgl. Bird, Kenneth J., Charpentier, Ronald R.(u. a.): „Circum-Arctic resource appraisal:-estimates of undiscovered oil and gas north of the Arctic Circle“, S. 1.

⁷⁵ Vgl. Statoil: „Facts about Snøhvit“, Webseite.

die empfindliche Umwelt der Arktis möchten Deutschland und die EU durch Partnerschaften mit Norwegen und Russland eine langfristige Rohstoffversorgungssicherheit gewährleisten.⁷⁶

2.4 Deutsche Wirtschaftsinteressen in der Arktis

Lange war die juristische Situation der Arktis nicht geklärt, weil nicht ausgeschlossen werden konnte, dass es unter dem Eis ein Stück Land gab. Eine Insel konnte die Grundlage für eine Gebietsforderung legen. Heute wissen wir, dass es unter dem Eis kein Land gibt. Die UNO-Seerechtskonvention (UNCLOS) regelt die Gebietsansprüche auf hoher See. Nach der UNCLOS kann die Ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ), die sich auf ein Gebiet von 200 Seemeilen vor der Küstenlinie erstreckt, erweitert werden. Nach Artikel 76 der Konvention muss nachgewiesen werden, dass der Meeresrücken eine natürliche Fortsetzung des Festlands ist.⁷⁷ In der Arktis erheben alle fünf Arktisanrainer auf einen erweiterten AWZ-Anspruch, aber die USA haben die UNCLOS noch nicht ratifiziert. Forderungen über zusätzliche Meeresgebiete werden von der Festlandssockelgrenzkommission der UNO entschieden und müssen binnen 10 Jahren nach der Ratifizierung der UNCLOS der Kommission vorgelegt werden. Norwegen hat 2006 als erster Staat der Kommission eine Dokumentation über die erweiterten norwegischen Ansprüche vorgelegt. Das Gebiet hat eine Größe von 235 000 Quadratkilometern außerhalb der norwegischen 200-Seemeilengrenze. Die Kommission hat im Wesentlichen Norwegens Ansprüche bestätigt, aber in Streitfällen über Grenzlinien müssen die Staaten über bilaterale Abkommen zur Einigkeit kommen.⁷⁸ Da die vier anderen Arktisanrainer ihre Gebietsforderungen der Kommission noch nicht vorgelegt haben, ist die endgültige Ausdehnung der AWZs noch nicht bestimmt. Für deutsche Wirtschaftsinteressen im arktischen Meer bedeutet dies eine Unsicherheit, es gibt aber schon jetzt deutsche wirtschaftliche Akteure, die ihren Interessen auf dem arktischen Festland und auf dem Meer nachgehen.

⁷⁶ Vgl. Auswärtiges Amt: „Die Arktis“, Webseite.

Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften: „Die Europäische Union und die Arktis“, S. 7.

⁷⁷ Vgl. Bosold, David und Koschut, Simon: „Die Zukunft der Arktis“, S. 2

⁷⁸ Vgl. Utenriksdepartementet: „Kontinentalsokkelens yttergrenser“, Webseite.

Für die deutsche Reedereiindustrie bedeuten die Klimaveränderungen in der Arktis neue Möglichkeiten. Eine deutsche Reederei hat im Sommer 2009 zum ersten Mal die Nordostpassage mit zwei Transportschiffen befahren. Die beiden Schiffe transportierten Teile für ein Wasserkraftwerk von Süd-Korea nach Sibirien, dann ging die Fahrt weiter nach Rotterdam. Nach Angaben der Reederei sind neue Fahrten für den Sommer 2010 geplant.⁷⁹ Ginge eine Reise über die Nordostpassage, von der japanischen Hafenstadt Yokohama nach Hamburg, ohne Unglücke und Unterbrechungen, würden 7400 Seemeilen eingespart und die Reise um sieben Tage verkürzt werden. Ein Containerschiff verbraucht am Tag bis zu 100 000 Dollar an Treibstoff, weshalb sich schon kurze Zeiteinsparungen lohnen.⁸⁰ Mit den großen Unsicherheiten im Golf von Aden und der Straße von Malakka durch Piraten wird eine nördliche Schifffahrtsroute wirtschaftlicher noch attraktiver. Global gesehen wird auch die Umwelt durch eine arktische Abkürzung geschont, aber die regionale Belastung der Umwelt in der Arktis würde dramatisch steigen. Die Frage, ob Schiffe durch die Arktis fahren können, wird bei den prognostizierten Klimaänderungen schon nicht mehr gestellt; heute wird nur gefragt, wann sie das bislang noch von schnee- und eisbedeckte Meeresgebiet befahren können. Deutsche Werften haben schon eistaugliche Fracht-/Containerschiffe gebaut.⁸¹ Einen technologischen Vorsprung haben die deutschen Werften an der Hamburgischen Schiffbau-Versuchsanstalt (HSVA), wo man Schiffsmodelle in großen Eistanks auf ihre Eistauglichkeit untersuchen kann. Hier können unterschiedliche Szenarien unter realistischen Bedingungen getestet werden. Für deutsche Werften könnte eine einheitliche Klassifikation der arktistauglichen Schiffe von Interesse sein. Heute gibt es keine verbindlichen Verpflichtungen, den Anforderungen der International Association of Classification Societies (IACS) beim Bau von Schiffen der Polar-Klasse zu folgen. Nach einer Empfehlung des Arktischen Rates sollen die Anforderungen der IACS für Schiffe der Polar-Klasse verbindlich gemacht werden. Die Schifffahrt in der Arktis wäre dann sicherer und umweltfreundlicher, wenn nur Schiffe der Polar-Klasse in polaren Meeren fahren dürften.⁸² Für die deutsche Werftindustrie könnte dies zu einem Auftragsboom führen, weil die Anforderungen der Germanischen Lloyd (die deutsche Schiffsclassifikations-Gesellschaft)

⁷⁹ Vgl. New York Times: „Arctic Shortcut, Long a Dream, Becons Shippers as Ice Thaws“, Webseite.

⁸⁰ Vgl. Seidler, Christoph: „Arktisches Monopoly, Der Kampf um die Rohstoffe der Polarregion“, S. 144.

⁸¹ Vgl. Schweriner Volkszeitung: „Wadan-Werften sollen weitere Schiffe für Norilsk Nickel bauen.“, Webseite.

⁸² Vgl. Arctic Counsel: „Arctic Maritime Shipping Assessment 2009 Report“, S.72.

schon die Spezifikationen der IACS erfüllen und deshalb das Know-how schon vorhanden ist.⁸³

Deutsche Wirtschaftsinteressen sind auch zu Land in der Arktis vertreten und bekommen auch aus Deutschland politische Rückendeckung. Der damalige Außenminister Frank-Walter Steinmeier besuchte zweimal die norwegische LNG-Anlage auf Melkøya außerhalb von Hammerfest, wo deutsche Unternehmen wichtige Komponenten geliefert haben.⁸⁴ Die LNG-Anlage wurde in Verbindung mit dem Schneewittchen-Feld (Snøhvit-Feld) gebaut, um das Gas per Schiff transportierbar zu machen. Zusammen mit Statoil arbeitet die Linde AG aus Deutschland mit der Verbesserung der Produktion des LNGs an der Melkøya-Anlage.⁸⁵ Siemens lieferte zwei Kompressoren für die Verflüssigungsanlage, die weltweit erste, die mit Elektrizität betrieben wird. Somit betreten die deutschen Unternehmen, gemeinsam mit Statoil, technisches Neuland. Das Gas aus dem Snøhvit-Feld wird hauptsächlich per Schiff nach den USA, Spanien und Frankreich verfrachtet, da Deutschland keine Annahmekapazitäten besitzt.⁸⁶

Ein gutes Beispiel, das Politik und Wirtschaft Hand in Hand gehen, ist die Nord-Stream-Pipeline. Nord-Stream AG ist ein deutsches, niederländisches und russisches Unternehmen das eine Pipeline durch die Ostsee von Russland nach Deutschland baut; Gazprom ist mit 51 Prozent der Aktien größter Aktionär, während die deutschen Konzerne E.ON und BASF-Wintershall je 20 Prozent der Aktien besitzen; der niederländische Konzern Gasunie kam 2008 mit 9 Prozent der Aktien als Aktionär hinzu. Gas soll in Zukunft aus der Arktis nach Deutschland durch die Pipeline aus den Lagerstätten der Halbinsel Yamal, aus der Bucht von Ob-Taz sowie aus der Shtokmanovskoye (Shtokmanfeld) transportiert werden.⁸⁷ BASF, repräsentiert durch die Tochtergesellschaft Wintershall und E.ON, ist jeweils mit 35 und 15 Prozent am Gasfeld Juschno-Russkoje auf der Yamal-Halbinsel beteiligt.⁸⁸ Altbundeskanzler

⁸³ Vgl. Arctic Counsel: „Arctic Maritime Shipping Assesment 2009 Report“, S.185.

⁸⁴ Vgl. Gesellschaft für bedrohte Völker: „DIE ARKTIS SCHMILZT UND WIRD GEPLÜNDERT - Indigene Völker leiden unter Klimawandel und Rohstoffabbau“, S. 32.

⁸⁵ Vgl. Statoil: „LNG-tog med større kapasitet“, Webseite.

⁸⁶ Vgl. The Linde Group: „Europe’s largest LNG plant“, Webseite.

⁸⁷ Vgl. Nord Stream AG: „Erdgas für Europa“, Webseite.

⁸⁸ Vgl. Gesellschaft für bedrohte Völker: „DIE ARKTIS SCHMILZT UND WIRD GEPLÜNDERT - Indigene Völker leiden unter Klimawandel und Rohstoffabbau“, S. 32.

Gerhard Schröder und der ehemalige russische Präsident Vladimir Putin spielten eine wichtige Rolle bei der politischen Wegbereitung des Projektes. Das Projekt hat bei den deutschen Nachbarn in Ost-Europa zu Protesten geführt, besonders Polen sieht seine Interessen bedroht. Polen bezieht zwei Drittel des verbrauchten Gases und 95 Prozent des importierten Erdöls aus Russland.⁸⁹ Polen hat ein Interesse daran, die Bezugsquellen zu diversifizieren und die strategische Position gegenüber Russland zu behalten, die durch das Nord-Stream-Projekt untergraben wird. Die Nord-Stream-Pipeline umgeht Polen und Russland könnte bei einem Konflikt, Deutschland über die Pipeline beliefern. Polens gegenwärtige Energiesicherheitspolitik besteht darin, die Interdependenz, des Gases aus Russland über polnisches Territorium transportiert werden muss, in Verhandlungen auszunutzen.⁹⁰ Bundeskanzler Gerhard Schröder machte es auf einer Pressekonferenz am 8. September 2005 klar:

Sie (Die Nord-Stream Pipeline) ist gegen niemanden gerichtet, weder gegen die baltischen Staaten noch gegen Polen. Aber man muss dort Verständnis dafür haben, dass der deutsche Bundeskanzler deutsche Energieinteressen zu vertreten hat.⁹¹

Es gibt also bei der politischen Führung in Deutschland eine verstärkte Neigung, deutschen Energie- und Wirtschaftsinteressen gegenüber der Nachbarschaftspolitik den Vorrang zu geben, denn auch nach dem Regierungswechsel hielt man an dem Pipelinebau fest.⁹²

2.5 Forschungsstätte Arktis

Die Polarforschung steht in Deutschland unter einem guten Stern und genießt trotz Deutschlands großer Entfernung von beiden polaren Gebieten hohe Priorität. Das Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung (AWI) in Bremerhaven koordiniert Deutschlands Arktisforschung und ist für das Forschungsschiff Polarstern verantwortlich. Die Polarstern ist weltweit das einzige Forschungsschiff, das ganzjährig in beiden Polargebieten

⁸⁹ Vgl. Lang, Kai-Olaf: „Polen und der Osten, Polens Beziehung zu Russland, Belarus und der Ukraine im Kontext europäischer, Ost-Politik“, S. 3.

⁹⁰ Vgl. ebd.

⁹¹ Spanger, Hans-Joachim: „Paradoxe Kontinuitäten, Die deutsche Russlandpolitik und die koalitionären Farbenlehren“, S. 23.

⁹² Vgl. ebd. S. 32.

Forschung betreiben kann. Sie ist sowohl Forschungsschiff mit neun wissenschaftlichen Labors und Platz für 50 Wissenschaftler als auch Versorgungsschiff für die deutschen Polarstationen.⁹³ 320 Tage im Jahr ist die Polarstern im Einsatz und wechselt dabei zwischen den beiden Polargebieten. Sie versorgt die Neumayer-Station auf dem antarktischen Kontinent und die AWIPEV-Station in Ny-Ålesund auf Spitzbergen. Die AWIPEV-Station wird in Zusammenarbeit mit dem französischen Polarinstitut (Polar-Institut Paul Emile Victor) betrieben. Deutsche Forscher sind dadurch ganzjährig in beiden Polargebieten präsent.⁹⁴

Die deutsche Arktisforschung plant, auch in der Zukunft eine wichtige internationale Rolle zu spielen. Nach einer Initiative des AWI wird das neue Forschungsschiff AURORA BOREALIS gebaut; es soll 2014 einsatzbereit sein. Teil des Projektes ist auch das Forschungsprogramm Integrated Ocean Drilling Program (IODP), wodurch das Schiff auch als Bohrschiff in der Arktis eingesetzt werden kann.⁹⁵ Es gibt zurzeit kein vergleichbares Schiff und deshalb wird die AURORA BOREALIS für die Zukunft wichtige Daten und Erfahrungen liefern. Die einzigartige Möglichkeit, auch bei extremen Wetterbedingungen Tiefseebohrungen durchzuführen, wird wichtige Informationen über die Beschaffenheit des Meeresbodens liefern.⁹⁶ Dies umfasst auch die Suche nach Öl und Gas unter dem eisbedeckten arktischen Ozean.

Deutschland ist mit seinen eigenen Forschungskapazitäten ein begehrter Partner und unterhält eine Forschungszusammenarbeit mit Kanada und Norwegen.⁹⁷ Die Forschung gibt der deutschen Politik eine höhere Schlagkraft. Deutsche Forscher sind ganzjährig vor Ort und haben lange Zeit zur Grundlagenforschung in der Arktis beigetragen.⁹⁸ Als die Polarstern ihr 25-jähriges Jubiläum feierte, war auch Bundeskanzlerin Merkel vor Ort und versprach der

⁹³ Vgl. Alfred-Wegener-Institut: „Polarstern – Ein Schwimmendes Großlabor“, Webseite.

⁹⁴ Vgl. Alfred-Wegener-Institut: „Die Arktische Forschungsbasis AWIPEV auf Spitzbergen“, Webseite.

⁹⁵ Vgl. European Research Icebreaker: „Perspektive des AURORA BOREALIS Projekts“, Webseite.

⁹⁶ Vgl. European Research Icebreaker: „Technische Spezifikationen“, Webseite.

⁹⁷ Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung: „Zusammenarbeit mit den USA und Kanada“, Webseite.

Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung: „Norwegen“, Webseite.

⁹⁸ Vgl. Seidler, Christoph: „Arktisches Monopoly, Der Kampf um die Rohstoffe der Polarregion“, S. 244.

deutschen Polarforschung auch in Zukunft politische Unterstützung.⁹⁹ Es ist das Ziel der Bundesregierung, den Haushalt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) auf 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aufzustocken. 2009 werden 10,2 Mrd. Euro investiert.¹⁰⁰ Dabei ist die Helmholtz-Gemeinschaft, zu der das Alfred-Wegener-Institut organisiert ist, der größte Empfänger an Fördermitteln der Bundesregierung und der Bundesländer mit 2,5 Mrd. Euro.¹⁰¹ Die Überführungen an das AWI werden im Zeitraum von 2009 bis 2013 448 Mio. Euro ausmachen. 2009 betragen die Kosten des AWI 97 Mio. Euro von denen 80 Mio. Euro von der Bundesregierung und dem Bundesland Bremen und 17 Mio. Euro aus der Wirtschaft getragen wurden.¹⁰² Deutschland hat sich durch seine qualitativ hoch angesehene Arktisforschung für die Arktisanrainer interessant gemacht. Strategisch gesehen bietet dies den deutschen Politikern auch eine Möglichkeit zur Beeinflussung der Diskussion über die Zukunft der Arktis. Deutschland ist schon als Beobachter im Arktischen Rat dabei, hat aber signalisiert, dass es im Rahmen der EU größere Verantwortung übernehmen möchte.¹⁰³ Der wissenschaftliche Vorsprung könnte Deutschland verhelfen, einen verstärkten Einfluss auf die Entwicklungen in der Arktis zu gewinnen.

2.6 Sicherheitspolitik

Die oben ausgeführten deutschen Interessen stellen neue sicherheitspolitische Fragen. Die gestiegene strategische Bedeutung der Energiegrundlage einer Volkswirtschaft und die territorialen Unstimmigkeiten, die sich in der Arktis manifestieren, könnten Deutschland bedrohen. Hinzu kommen neue sicherheitspolitische Herausforderungen in Verbindung mit den Klimaveränderungen, deren Folgen die Lebensbedingungen der Schwächsten in Asien, Afrika und im Mittleren Osten verschlechtern werden. Beschlüsse zur Sicherheit müssen in einem neuen Licht betrachtet werden, der Klimawandel tritt nicht wie andere Sicherheitsbedrohungen auf, zu einem bestimmten Zeitpunkt und an einem bestimmten Ort, sondern kann zu unterschiedlicher Zeit und an unterschiedlichen Orten über den ganzen Globus auftreten.

⁹⁹ Vgl. Die Bundesregierung: „Rede von Bundeskanzlerin Merkel auf der Festveranstaltung ‚25 Jahre Forschungsschiff Polarstern‘“, Webseite.

¹⁰⁰ Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung: „Haushalt“, Webseite.

¹⁰¹ Vgl. ebd.

¹⁰² Vgl. Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren: „Gemeinschaftsbericht 2009“, S. 99-100.

¹⁰³ Vgl. Spiegel Online: „Polarstaaten lassen Europäer abblitzen“, Webseite.

Deutschlands sicherheitspolitische Herausforderungen in Bezug auf die Arktis bestehen aus mannigfaltigen Problemen, die miteinander verkoppelt sind. Der Begriff Sicherheit muss in diesem Sinne neu definiert werden. Im Unterschied zu den Begriffen Frieden, Verteidigung oder auswärtige Beziehungen gibt es keinen systematischen Platz für die Begriffe Sicherheit oder Sicherheitspolitik in der deutschen Verfassung.¹⁰⁴ Nach dem Zweiten Weltkrieg beherrschte der Friedensgedanke die Mütter und Väter des Grundgesetzes. Zur Wahrung des Friedens konnte sich Deutschland durch den Art. 24 des Grundgesetzes einer überstaatlichen Autorität unterordnen.

Der Bund kann sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen; er wird hierbei in die Beschränkungen seiner Hoheitsrechte einwilligen, die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern.¹⁰⁵

Das traditionelle Bild der territorialen Sicherheit hat sich seit dem Kalten Krieg geändert, und es gibt Unterschiede, wie äußere und innere Sicherheit aufgefasst werden. Deshalb ist notwendig, den Begriff Sicherheitspolitik es im außenpolitischen Sinne abzuklären:

Zusammenfassend bezeichnet Sicherheitspolitik also all jene Maßnahmen („Sprechakte“), die von den außenpolitischen Repräsentanten eines Staates ergriffen werden, *um Güter, die zugleich sichernswert, sicherungsfähig und bedroht sind*, zu bewahren. Wichtig ist dabei, dass solche Güter nur dann zu einem Gegenstand von Sicherheitspolitik werden, wenn alle drei Bedingungen zugleich gegeben sind. Wenn sie bereits gesichert (also: nicht bedroht) erscheinen, sind sicherheitspolitische Maßnahmen überflüssig; wenn sie demgegenüber in einem Maße bedroht sind, dass keine Maßnahme zu ihrer Sicherung führen würde, ist Sicherheitspolitik aussichtslos. Sicherheitspolitik ist deshalb eine Gradwanderung. Sie muss in glaubwürdiger Weise vermitteln, dass Unsicherheit besteht, durch bestimmte Maßnahmen aber Sicherheit hergestellt werden kann.¹⁰⁶

Seit dem Zweiten Weltkrieg wurde die deutsche Sicherheitspolitik immer im Rahmen der Ein- und Anbindung an die westliche Sicherheitspolitik geführt, durch den Eintritt in die NATO und die Ausweitung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die oben angeführte Begriffserklärung erweitert den Umfang der deutschen Sicherheitspolitik, indem eine Neubestimmung der Werte, was sichernswert, sicherungsfähig und bedroht ist, in der deutschen Politik vorgenommen wird. Dabei werden vier Aspekte hervorgehoben: die internationale Rolle der Bundeswehr, die Erweiterung des Gestaltungsanspruches einer globalen Sicherheitspolitik, das Streben nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat und

¹⁰⁴ Vgl. Hellmann, Gunther: „Sicherheitspolitik“, S. 604.

¹⁰⁵ Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland: „Artikel 24 Abs. 2“, Webseite.

¹⁰⁶ Hellmann, Gunther: „Sicherheitspolitik“, S. 607.

die Diskussion über den Einsatz der Bundeswehr im Inneren nach den Terroranschlägen am 11. September 2001:¹⁰⁷

Die Sicherheitslage hat sich entscheidend verändert. Deutschland wird absehbar nicht mehr durch konventionelle Streitkräfte bedroht. Unsere Sicherheit wird nicht nur, aber auch am Hindukusch verteidigt, wenn sich dort Bedrohungen für unser Land, wie im Falle international organisierter Terroristen, formieren.¹⁰⁸

Verteidigungsminister Struck hat in diesem Sinne das Einsatzgebiet der Bundeswehr auf die ganze Welt ausgedehnt, weil man Bedrohungen dort begegnen müsse, wo sie entstehen. Der Einsatz deutscher Kriegsschiffe am Horn von Afrika bestätigt das veränderte Verständnis von dem, was sichernswert, sicherungsfähig und bedroht ist. Deutsche Handelsinteressen fallen in diesem Fall unter diese Kriterien. Unter dieser Perspektive wird nicht mehr so sehr die Frage gestellt, ob die Bundeswehr zum Einsatz kommt. Für Deutschland entsteht dagegen ein Begründungsbedarf, warum ein großer Staat, der eine gut ausgebildete Armee besitzt und eine größere sicherheitspolitische Rolle übernehmen möchte, sich nicht beteiligt.¹⁰⁹ Die Bundeswehr hat nach dieser Logik ihre strategischen Kapazitäten in den letzten Jahren ausgebaut. Das SAR-Lupe-System ist hierfür ein Beispiel, das erste satellitengetragene Aufklärungssystem, das Einsätze international unterstützen soll.¹¹⁰

2.7 Schlussfolgerungen

Die Klimaveränderungen zwingen Deutschland, sich mit neuen Problemen auseinanderzusetzen. Als eine russische Tauchmission im August 2007 eine Titanfahne auf den Meeresboden am Nordpol pflanzte, reagierte der deutsche Außenminister mit einer Warnung.¹¹¹ Aus sicherheitspolitischen Gründen würde ein Konflikt über die territorialen Grenzen im Nordpolarmeer Deutschland direkt und indirekt schaden. Vier der arktischen Anrainerstaaten sind Mitglieder der NATO und Russland ist Deutschlands größter Energielieferant. Außenminister Steinmeier machte klar, dass die Arktis kein rechtloser Raum

¹⁰⁷ Vgl. Hellmann, Gunther: „Sicherheitspolitik“, S. 614.

¹⁰⁸ Struck, Peter: „Erklärung der Bundesregierung durch den Bundesminister der Verteidigung, Dr. Peter Struck, am 11. März 2004 in Berlin“, Webseite.

¹⁰⁹ Vgl. Hellmann, Gunther: „Sicherheitspolitik“, S.607.

¹⁰⁹ Vgl. ebd., S. 615

¹¹⁰ Vgl. Astronews: „Aufklärungssatelliten-Quintett komplett“, Webseite.

¹¹¹ Vgl. Süddeutsche.de: „Steinmeier warnt vor ‚Kaltem Krieg‘“, Webseite.

sei und das Seerechtsübereinkommen (SRÜ) von 1982 auch dort Gültigkeit habe.¹¹² Es sieht vorläufig nicht so aus, als würde es zum Konflikt in der Arktis kommen, weil die Anrainerstaaten ihre Anträge noch nicht der UNO-Festlandssockelkommission vorgelegt haben. Die fünf Staaten haben sich im Mai 2008 zur Regelung durch die Festlandssockelkommission in der Erklärung von Ilulissat bekannt.¹¹³ Trotz der Erklärung wird in der Arktis aufgerüstet. Nach Meinung des norwegischen Außenministers Jonas Gahr Støre ist dies eine natürliche Entwicklung aufgrund der gewachsenen strategischen Wichtigkeit der Arktis.¹¹⁴ Für Deutschland und die beteiligten Staaten würde ein Konflikt über die Ressourcen der Arktis kontraproduktiv sein. Es besteht deshalb ein großes Interesse aller Beteiligten, zu einer Einigung zu kommen.

Deutschland, das seine Definition, was deutsche sicherheitspolitische Interessen sind, erweitert hat, wird in Zukunft auch ein Interesse an der Minimierung des Klimawandels haben. Die Arktis spielt eine indirekte Rolle, hat aber für die Folgen einen ausschlaggebenden Effekt. Ein Abschmelzen des arktischen Meereseises und des grönländischen Inlandeises hätten einen beschleunigenden Effekt auf den Klimawandel.¹¹⁵ Dieser Effekt wird Eis-Albedo-Rückkoppelung genannt, wonach das abschmelzende Eis das Sonnenlicht nicht mehr ins Weltall zurückreflektiert und die Temperaturen schneller steigen. Sicherheitspolitisch hätten die Konsequenzen dieses Effektes globale Folgen, auch deutsche Sicherheitsinteressen wären betroffen. Klimaflüchtlinge, extreme Wetterphänomene, Knappheit an Ressourcen und politische Instabilität sind einige der möglichen Folgen.¹¹⁶ Es besteht, nach dem erweiterten Verständnis, was deutsche sicherheitspolitische Interessen sind, Anlass dazu, auch die Klimaänderungen der Arktis als deutsches Sicherheitsproblem zu betrachten.

¹¹² Vgl. Süddeutsche.de: „Steinmeier warnt vor ‚Kaltem Krieg‘“, Webseite.

¹¹³ Vgl. Winkelmann, Ingo: „Feste Spielregeln für die Aufteilung des Arktischen Ozeans“, S. 1-2.

¹¹⁴ Vgl. Aftenposten: „Russland vil sende militærstyrke til Arktis“, Webseite.

¹¹⁵ Vgl. Bundeszentrale für Politische Bildung: „Eis-Albedo-Rückkopplung“, Webseite.

¹¹⁶ Vgl. The CNA Corporation: „National Security and The Threat of Climate Change“, Webseite.

3 Neue deutsche Nachbarschaftspolitik

Mit der Ölkrise der 70er-Jahre wurde der deutschen Gesellschaft das Problem der Energieabhängigkeit bewusst. Damals war es der unruhige Mittlere Osten, der die Ölexporte einstellte und die energiehungrigen Staaten als Geiseln hielt. Gegen den Willen der USA suchten damals Deutschland und Frankreich in der Sowjetunion einen zuverlässigen Energiepartner.¹¹⁷ Spätestens seit dem russisch-ukrainischen Gasstreit im Winter 2005-2006 wurde die deutsche Öffentlichkeit an ihrer Verwundbarkeit erinnert. Im April 2006 lud die Bundesregierung mit ihren Ministerien zu einem Energiegipfel ein. Drei Arbeitsgruppen wurden ins Leben gerufen und ein Prozess kontinuierlicher Diskussionen wurde in Gang gesetzt, um ein nationales Energiekonzept zu entwickeln. Ergebnis dieser Arbeit war eine politische Aufwertung der Energieeffizienz und die Diversifizierung der Energieimporte in Form von neuen Pipelines und einem LNG-Terminal in Wilhelmshaven.¹¹⁸ Bundeskanzler Gerhard Schröder und Präsident Vladimir Putin hatten schon im September 2005 eine Absichtserklärung zum Bau einer Pipeline durch die Ostsee unterzeichnet.¹¹⁹ Die Nord-Stream-Pipeline hat für Russland und Deutschland einen strategischen Vorteil, weil sie unter Wasser verlegt wird, kann kein Transitstaat die Durchleitung unterbrechen. Energiepolitisch stärkt dies die Verhandlungsposition Russlands in Ost-Europa und die Energiesicherheit Deutschlands, beides auf Kosten der Nachbarstaaten. Anders als bei der Ölkrise in den 70er-Jahren muss die Bundesregierung ihre energie- und klimapolitischen Ziele mit einander vereinigen. Vier Gegensätze können wir hier feststellen:

1. Klimaschutz versus wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit.
2. Klimaschutz versus Versorgungssicherheit.
3. Deutsche Isolation in der Atomenergiefrage.
4. Strategische Partnerschaft mit Russland versus die Diversifizierung der Gasbezugsquellen und Russlands Einkreisungsstrategie gegenüber der EU.¹²⁰

¹¹⁷ Vgl. Götz, Roland: „Energie- und Außenpolitik“, S. 1.

¹¹⁸ Vgl. Umbach, Frank: „German Vulnerabilities of its Energy Security“, S. 1.

¹¹⁹ Vgl. Spanger, Hans-Joachim: „Paradoxe Kontinuitäten, Die deutsche Russlandpolitik und die koalitionären Farbenlehren“, S. 23.

¹²⁰ Umbach, Frank: „German Vulnerabilities of its Energy Security“, S. 1-5.

Nach der Theorie des Zweiebenen-Spiels versuchen die innerstaatlichen Akteure die Bundesregierung zu beeinflussen, um bestimmte Ziele auf der internationalen Ebene zu verfolgen. Der internationale Handlungsraum der Bundesregierung wird davon begrenzt, was innerstaatlich ratifizierbar ist oder was als ratifizierbar gilt.¹²¹ Dabei können die Akteure ihren Einfluss durch andere innerstaatliche Akteure maximieren, zum Beispiel indem sie die öffentliche Meinung beeinflussen und die Summe dessen, was ratifizierbar ist, zu ihren Gunsten verändert. Das innerstaatliche Machtspiel wird dadurch facettenreich und undurchsichtig, indem Akteure versuchen, die Bundesregierung direkt oder indirekt zu beeinflussen. Die Bundesregierung steht zwischen den beiden Ebenen und wird von ihnen in ihren Handlungsmöglichkeiten begrenzt. Diese Position gibt aber der Bundesregierung die Möglichkeit, die beiden Ebenen gegeneinander auszuspielen; dabei kann sie sich auf ihren Informationsvorsprung stützen. Die folgende Analyse soll verdeutlichen, welche Interessen auf Kosten anderer von der Bundesregierung bevorzugt und auf der internationalen Ebene vertreten werden.



Foto: Nord Stream AG

Gas aus der Arktis soll in Zukunft durch die Nord-Stream-Pipeline nach Europa fließen. Außenpolitisch beinhaltet das Projekt Nord-Stream-Pipeline viele der Politikelemente, die ich schon präsentiert habe, wie: Umweltschutz, Energiesicherheit und Wirtschaftsinteressen.

¹²¹ Siehe Kapitel 1.1.1 für eine detaillierte Definition zu dem Ratifikationsprozess.

Diese Elemente finden wir auch auf der innerstaatlichen Ebene wieder und soll der Hauptfokus dieser Fallstudie bilden, dabei wird aber in der Analyse Rücksicht auf das Interagieren der innerstaatlichen und der außenpolitischen Ebene genommen.

3.1 Entwicklungen des Nord-Stream-Projektes

1998 begannen Gazprom und der finnische Konzern Neste (nach einer späteren Fusion Fortum genannt) die Möglichkeit zu untersuchen, eine Unterwasser-Gaspipeline von Russland nach Deutschland zu bauen. Von deutscher Seite traten die Konzerne E.ON und BASF Wintershall 2001 dem Projekt bei.¹²² Fortum verließ 2005 das Projekt, indem es seine Anteile an Gazprom verkaufte.¹²³ Im gleichen Jahr gründeten die Konzerne Gazprom, BASF Wintershall und E.ON das Unternehmen Nord-Stream AG. Plan des Nord-Stream-Konsortiums war es, eine Pipeline von Russland nach Deutschland zu bauen und zu betreiben. Eine Trasse von Russland über den finnischen, schwedischen, dänischen und deutschen Kontinentalsockel nach Deutschland wurde für die Pipeline gewählt. Es wurde bewusst eine Trasse außerhalb der ausschließlichen Wirtschaftszone der baltischen Staaten und Polen gewählt, da sie große Bedenken gegenüber der Pipeline geäußert hatten.¹²⁴ Russland hatte vorgeschlagen, eine Pipeline zu bauen, um die Energielieferungen nach Europa zu sichern. Zugleich sollte die Pipeline eine von der EU angestrebte Diversifizierung der Energiezufuhrleitungen verbessern. Die baltischen Staaten und der östliche Nachbar Deutschlands, Polen, protestierten. Sie meinten, dass eine über Land gelegte Pipeline umweltfreundlicher und billiger wäre; zudem würde die Nord-Stream-Pipeline nicht die Versorgungssicherheit der östlichen EU-Staaten verbessern, das Resultat wäre eher das Gegenteil.¹²⁵ Dies wird von der Nord-Stream AG bestritten, die eine über Land gehende Pipeline weder als kostengünstiger noch als umweltfreundlicher bewertet. Transitgebühren würden bei einer Landpipeline von den Gegnern nicht berechnet, und die Umwelteingriffe wären erheblich, erklärte das Konsortium.¹²⁶ Gefühlsgeladene Diskussionen über die Pipeline wurden in allen berührten Staaten geführt, jedoch mit variierenden Argumenten von

¹²² Vgl. Pipeline Report: „International Pipeline News“, Webseite.

¹²³ Vgl. Upstreamonline.com: „Gazprom takes control of North Transgas“, Webseite.

¹²⁴ Vgl. Handelsblatt: „Ostseepipeline trifft auf Widerstand“, Webseite.

¹²⁵ Vgl. Die Zeit: „Wer schaut in die Röhre“, Webseite.

¹²⁶ Vgl. Nord Stream AG: „The Project & The Environment“, Webseite.

umweltpolitischen bis hin zu sicherheitspolitischen Aspekten.¹²⁷ „Neuer Hilter-Stalin-Pakt“ titulierte die polnische Zeitung „Wprost“ das Projekt, bevor die Diskussion einen nüchternen Charakter annahm und die Interessenpolitik Polens über die historische Angst vor einer deutsch-russischen Einklammerung gewann.¹²⁸ Eine direkte Pipeline von Russland nach Deutschland würde die strategische Bedeutung der vorhandenen Pipeline über polnisches Territorium verringern. Polen würde somit ein wichtiges Mittel in den Verhandlungen mit Russland verlieren und sieht seine Energiesicherheit bedroht.

Dänemark, Schweden und Finnland gaben im dritten und vierten Quartal 2009 grünes Licht für den Pipelinebau.¹²⁹ Die anderen berührten Ostseeanrainer, Polen, Estland, Litauen und Lettland, konnten sich zum Plan des Konsortiums äußern, aber ihn nicht durch rechtliche Schritte verhindern, weil die Trasse ihre ausschließliche Wirtschaftszone nicht durchkreuzt. Am 21. Dezember wurde die Genehmigung, in deutsche Gewässer die Pipeline zu bauen, erteilt.¹³⁰ Die Nord-Stream AG wird im Frühjahr 2010 mit dem Bau beginnen; Gas soll schon 2011 durch die Unterwasserröhren strömen.¹³¹

3.2 Restriktionen der Energieaußenpolitik

Der genehmigte Bau der Nord-Stream-Pipeline berührt mehrere organisierte Interessen in der deutschen Gesellschaft. Politisch können nicht alle Interessen in gleichem Maße berücksichtigt werden, und die Bundesregierung muss die Vor- und Nachteile des Projektes vor dem Hintergrund gewichten, welche Alternativen mit ihren politischen Zielen übereinstimmen und zugleich auf der innerstaatlichen Ebene Zustimmung finden werden. Wie wirken die innerstaatlichen Akteure auf die politischen Beschlüsse der Bundesregierung ein? Welche Rolle spielt die politische Zusammensetzung der Bundesregierung auf die

¹²⁷ Vgl. Whist, Bendik Solum: „Nord Stream : Not Just a Pipeline : an analysis of the political debates in the Baltic sea region regarding the planned gas pipeline from Russia to Germany“, S. 1-3.

¹²⁸ Vgl. Die Zeit: „Wer schaut in die Röhre“, Webseite.

¹²⁹ Vgl. manager-magazin : „Schweden und Finnland geben grünes Licht“, Webseite.

¹³⁰ Vgl. Frankfurter Allgemeine: „Deutschland stimmt Bau der Nord Stream zu“, Webseite.

¹³¹ Vgl. Nord Stream AG: „Germany approves Nord-Stream-Pipeline“, Webseite.

Einwirkung von innerstaatlicher und außenpolitischer Interessen? Welche Akteure werden angehört und welche Akteure profitieren von dem Nord-Stream Projekt?

3.2.1 Die Rolle der Nord-Stream-Pipeline in der Energiepolitik

Mit der Nord-Stream-Pipeline kommen neue energiepolitische Herausforderungen auf die Bundesregierung zu. Eine erhöhte Anlehnung an Gas als Energiequelle bedeutet für Deutschland neue energie- und klimapolitische Herausforderungen. Wie soll der Energiemix der Zukunft aussehen? Gibt es überhaupt, unter der geltenden Politik, eine Alternative zum Gas? Welche Rolle spielen die Energiekonzerne bei der Formulierung der deutschen Energiepolitik? In diesem Teilkapitel werde ich die energiepolitische Dimension der Nord-Stream-Pipeline untersuchen.

Im Koalitionsvertrag der CDU/CSU und FDP vom Herbst 2009 wird die zukünftige Gestaltung der Energiepolitik der Bundesrepublik erläutert. Die Energiepolitik soll laut der Bundesregierung ideologiefrei, technologieoffen und marktorientiert gestaltet werden. Ein neues Energiekonzept soll bis Herbst 2010 entwickelt werden, das eine umweltfreundliche, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung sichern soll.¹³² Die Koalition möchte auch die erneuerbaren Energien konsequent ausbauen und die Energieeffizienz weiter erhöhen; dadurch sollen konventionelle Energieträger durch alternative Energien ersetzt werden.¹³³ Das erneuerbare Energien-Gesetz (EEG) soll nach den bestehenden Zielvorgaben gefördert werden, was den unbegrenzten Einspeisevorrang der erneuerbaren Energie bedeutet. Es ist Ziel der Bundesregierung, eine Über- und Unterförderung der erneuerbaren Energien zu vermeiden. Die Koalition hat erkannt, dass der weltweite Energieverbrauch in den nächsten Jahren drastisch zunehmen wird, und deshalb werden Energieeffizienzmaßnahmen stärker gefördert. Der Bau von hoch effizienten Kohlekraftwerken soll weiterhin erlaubt und gefördert werden, zudem sollen die Richtlinien der EU für die Abscheidung, den Transport und die Einlagerung von CO₂, umgesetzt werden. Ein wichtiges energiepolitisches Merkmal des Koalitionsvertrages ist die Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke. Die

¹³² Vgl. Koalitionsvertrag CDU, CSU und FDP: „WACHSTUM, BILDUNG, ZUSAMMENHALT“, S. 26.

¹³³ Vgl. ebd. S. 25-27.

Bundesregierung betrachtet die Kernenergie als Brückentechnologie, die langfristig von erneuerbaren Energien verlässlich ersetzt werden kann. Es ist nach Meinung der Bundesregierung notwendig, die Laufzeiten der Kernkraftwerke zu verlängern, um die Klimaziele zu erträglichen Preisen zu erreichen, jedoch wird von keiner oberen Grenze der verlängerten Laufzeiten gesprochen. Ein Neubauverbot für Kernkraftwerke wird jedoch aufrechterhalten. Der weitere Betrieb der Kernkraftwerke setzt eine sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle voraus. Deshalb wurde das Moratorium zur Erkundung des Salzstockes Gorleben aufgehoben, um zu bewerten, ob es zur Endlagerung geeignet ist.¹³⁴ Nord-Stream wird im Koalitionsvertrag unter Energieaußenpolitik angesprochen; hier heißt es:

Aufgrund der Abhängigkeit Deutschlands von Energie- und Rohstoffimporten benötigen wir eine Energieaußenpolitik, die deutsche Unternehmen und große Infrastrukturprojekte (z. B.: Nordstream, Nabucco, LNG, DESERTEC) intensiv begleitet. Energieträger, Lieferländer und Transportrouten sind weiter zu diversifizieren, um einseitige Abhängigkeiten zu vermeiden.¹³⁵

Vieles hat sich im politischen Umfeld seit der Planung der Nord-Stream-Pipeline national und international verändert. Die politische Zusammensetzung der Bundesregierung und die weltweiten Energiepreise lassen das Projekt weniger attraktiv dastehen, als es einmal war. Mit der Wirtschaftskrise verringerte sich der Gasverbrauch in Deutschland und die Gaspreise sanken mit dem großen Angebot. Im Hinblick auf die energiepolitischen Zielvorgaben der Bundesregierung, die im Moment von der CDU/CSU und der FDP gestellt wird, ist die Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke ein politischer Streitpunkt zwischen der Bundesregierung und der Opposition. Eine kernenergieproduzierte Kilowattstunde kostet den Energiekonzernen zwei bis drei Euro an Produktionskosten, wird aber für deutlich mehr an die Kunden verkauft.¹³⁶ Durch die Laufzeitverlängerung entsteht eine Verzerrung im Energiemarkt, indem die großen Produzenten ihre Kosten minimieren und die Einnahmen maximieren. Die Anreize für die großen Energiekonzerne, auf alternative Energiequellen umzusteigen, werden dadurch gering, was sich an den Investitionen in regenerativer Energie der großen Stromproduzenten nachvollziehen lässt; sie investieren vor allem im Ausland.¹³⁷ Was aber den Ausbau der regenerativen Energie in Deutschland sabotiert. Ihre Position am Markt können die Konzerne ohne Mehrkosten festigen und neue Konkurrenz durch niedrige Preise verdrängen. Der Bundesverband der Energie und Wasserwirtschaft (BDEW) vertritt die

¹³⁴ Vgl. Koalitionsvertrag CDU, CSU und FDP: „WACHSTUM, BILDUNG, ZUSAMMENHALT“, S. 27-31.

¹³⁵ Koalitionsvertrag CDU, CSU und FDP: „WACHSTUM, BILDUNG, ZUSAMMENHALT“, S.30.

¹³⁶ Vgl. Frankfurter Rundschau: „So beschenkt Schwarz-Gelb die Bosse“, Webseite.

¹³⁷ Vgl. Handelsblatt: „Eon und RWE treibt der Wind ins Ausland“, Webseite.

Interessen der größten energiewirtschaftlichen Verbände, dessen Mitglieder für 90 Prozent des Stromabsatzes und 90 Prozent des Gasabsatzes stehen.¹³⁸ Alle großen Energiekonzerne werden somit durch den BDEW vertreten. Seitens des Verbands wurde der Koalitionsvertrag mit folgenden Worten begrüßt: „Die neue Bundesregierung hat gezeigt, dass ihr an einer zukunftsfähigen Energieversorgung gelegen ist und sie die Weiterentwicklung vorantreiben will.“¹³⁹ Unterstrichen wird jedoch vom BDEW, dass es durch das EEG nicht zu einer Überförderung der erneuerbaren Energien kommen darf, was den Strom teurer macht, und dass es zügig zu konkreten Vereinbarungen bei den verlängerten Laufzeiten der Kernkraftwerke kommen muss.¹⁴⁰ Unter der neuen Regierung CDU/CSU und FDP sinkt die Attraktivität des Gases als Energiequelle und damit auch der Nord-Stream, weil mit Gas höhere Kosten verbunden sind. Es wird jedoch vom BDEW nicht darauf hingewiesen, dass sich die Lage des Gases auf den Energiemarkt verschlechtert, obwohl der Verband auch die Interessen der großen Gaslieferanten vertritt. Gründe hierfür könnte einerseits die Tatsache sein, dass die großen Stromproduzenten gleichzeitig die größten Gaslieferanten sind. Andererseits halten die hohen Investitionen, um sich auf den Gasmarkt zu etablieren, kleine Betreiber vom Markt fern. Ein verändertes Förderregime der erneuerbaren Energie, mit weniger Begünstigungen der regenerativen Energie, ist auch für die großen Stromkonzerne wünschenswert, weil Windräder und Solaranlagen relativ billig aufgestellt werden können. Das erneuerbare Energien Gesetz sichert die Abnahme der „grünen“ Energie für die kleinen Produzenten, was Investitionssicherheit garantiert.¹⁴¹ Investoren wird somit die Möglichkeit gegeben, sich am Energiemarkt ohne große Risiken zu etablieren. Eine intensiviertere Förderung der erneuerbaren Energien würde den Energiekonzernen mehr kosten, weil sie den „teureren“ Strom aus erneuerbaren Quellen per gesetzlichen Beschluss abkaufen müssen. Von den fossilen Energiequellen wäre Gas auch eine bessere ergänzende Energiequelle im Vergleich zur Kern- und Kohleenergie, weil Gaskraftwerke sich schneller rauf und runter fahren lassen. Kraft-Wärme-Koppelungseffekte sind auch leichter mit Gaskraftwerken auszunutzen, wodurch die CO₂-Emissionen weiter gedrosselt würden.¹⁴² Es käme nach Meinung der Umweltschutzorganisation Deutschen Umwelthilfe, bei einer Aufschiebung des

¹³⁸ Vgl. Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft: „BDEW – Spitzenverband der Energie- und Wasserwirtschaft“, Webseite.

¹³⁹ Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft: „BDEW zum Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung: Koalitionsvertrag ist eine solide Basis“, Webseite.

¹⁴⁰ Vgl. ebd.

¹⁴¹ Vgl. dejure.org: „Erneuerbare-Energien-Gesetz - § 8 Abnahme, Übertragung und Verteilung“, Webseite.

¹⁴² Vgl. Greenpeace Deutschland: „Chance Atomausstieg, Perspektiven für neue Arbeitsplätze an Atomstandorten.“, Webseite.

Atomausstiegs zu einem Systemkonflikt, der der Grundlage der erneuerbaren Energie schaden würde, weil Kernkraftwerke nicht flexibel sind, sie können nicht einfach hoch und runter gefahren werden.¹⁴³ Es gibt nach Meinung der Umweltschutzverbände keine Gründe dafür, die Laufzeiten der Kernkraftwerke zu verlängern, und sie unterstellen der Bundesregierung auf diesem Felde kontraproduktiv zu handeln, indem man die Klimaschutzziele nicht mit konkreter Politik verfolgt. Greenpeace unterstellt der Bundesregierung, den Ausbau der erneuerbaren Energien durch verlängerte Laufzeiten und die Erlaubnis, neue Kohlenkraftwerke zu bauen, zu sabotieren.¹⁴⁴ Weil der Koalitionsvertrag keine konkreten Angaben zu den verlängerten Laufzeiten der Kernkraftwerke enthält, sieht der Verband der Atomkraftgegner, Ausgestrahlt, seinen Kampf gegen die Atomkraft indirekt gestärkt. Dadurch meint Ausgestrahlt zu erkennen, dass Union und FDP unsicher und uneinig sind, was sich zu einer Steilvorlage für Kernkraftgegner entwickeln kann.¹⁴⁵ Tatsächlich scheint es so, als wären sich die Koalitionspartner in diesem Fall nicht einig, da Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) erhielt Kritik aus der eigenen Partei und von dem Koalitionspartnern, besonders von Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP), weil er die CDU/CSU dazu aufgefordert hat, sich von der Kernkraft zu verabschieden.¹⁴⁶

International haben sich die letzten drei Bundesregierungen von Gerhard Schröder 1998-2005 über Angela Merkel 2005-2009 bis hin zu Angela Merkel 2009 zu den ehrgeizigen Klimazielen des Kyotoabkommens bekannt.¹⁴⁷ Diese Ziele werden von den Mitgliedstaaten im Rahmen der EU gemeinsam verfolgt, deren gemeinsamen CO₂-Ausstöße bis 2020 auf die Menge von 1990 gesenkt werden sollen. Den größten Teil der Ausstoßkürzungen soll Deutschland tragen, mit 60 Prozent der gesamten Ausstoßsenkungen, gefolgt von Großbritannien mit 21 Prozent, wodurch 19 Prozent auf den Rest der EU verteilt werden. Global steht die EU für 60 Prozent der Reduktionsverpflichtungen nach dem Kyotoabkommens.¹⁴⁸ 20 Prozent der verbrauchten Energie sollen aus diesem Grund aus

¹⁴³ Vgl. Deutsche Umwelthilfe: „Schwarz-gelbe Energie- und Klimapolitik: Die Rechnung geht nicht auf“, Webseite.

¹⁴⁴ Vgl. Greenpeace Deutschland: „Schwarz-Gelb versagt beim Umweltschutz Deutschland gibt Vorreiterrolle auf und bedient Interessen der Konzerne“, Webseite.

¹⁴⁵ Vgl. Ausgestrahlt: „Koalitionsvertrag ist Steilvorlage für Anti-AKW-Bewegung“, Webseite.

¹⁴⁶ Vgl. Welt Online: „Röttgen löst mit Atomkraft-Kritik Empörung aus“, Webseite.

¹⁴⁷ Vgl. Mostert, Petra Holtrup: „Deutsche Umweltpolitik: Der Gipfelstürmer und seine Grenzen“, S. 376.

¹⁴⁸ Vgl. Mostert, Petra Holtrup: „Deutsche Umweltpolitik: Der Gipfelstürmer und seine Grenzen“, S. 380.

erneuerbaren Quellen geschöpft werden.¹⁴⁹ Es gibt nach dem Kyoto-Protokoll Mechanismen, die den Ausstößen einen ökonomischen Wert geben, der Emissionshandel. Staaten die den Vertrag parlamentarisch ratifiziert haben, wird ein Emissionsrecht zugesprochen. Emittiert ein Land weniger als es zugesprochen bekam, kann es diese Rechte an andere weiterverkaufen. Ein Staat, der zu viele Klimagase ausstößt, muss zusätzliche Emissionsrechte erkaufen.¹⁵⁰ Die EU wird nach dem Kyoto-Protokoll als eine Einheit behandelt. Im Rahmen der EU hat man aus diesem Grund einen eigenen Handel mit den Rechten eingeführt, mit Ausstoßzertifikaten (Emissionsberechtigungen). Der Zertifikatshandel funktioniert nach dem Muster des Emissionshandels, ist aber auf einzelne Akteure konzentriert:

Die Teilnehmer am Emissionshandel sind in der Emissionshandelsrichtlinie der EU und im nationalen Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz (TEHG) definiert. Betroffene sind große Energieanlagen (mit einer Feuerungswärmeleistung über 20 Megawatt) sowie emissionsintensive Industrieanlagen am Emissionshandel teil. In Deutschland repräsentieren diese Anlagen rund 50 % der insgesamt pro Jahr in Deutschland anfallenden CO₂-Emissionen.¹⁵¹

Im Zeitraum 2005-2007 kostete eine Tonne CO₂ 40 Euro, für die Periode 2008-2012 kostet eine Tonne CO₂ 100 Euro.¹⁵² Durch den Zertifikatshandel werden Energieträger, die große Mengen Treibgase emittieren, weniger konkurrenzfähig, weil die Auswirkungen auf das Klima jetzt in den Preis der Energie eingerechnet werden. Emissionen bestimmen auf diesem Wege die Wirtschaftlichkeit eines Energieträgers in Relation zu den verursachten Kosten durch Klimaveränderungen. Dadurch entsteht ein wirtschaftlicher Anreiz, bestehende Anlagen klimafreundlicher zu machen, wodurch neue Technologien, wie CO₂-Abscheidung und -Speicherung markttauglich werden. Betrachtet man das System aus der Sicht einzelner Staaten, könnte der Zertifikatenhandel die Entwicklung regenerativer Energien asymmetrisch vorantreiben. Deutschland ist der größte Produzent von regenerativer Energie in der EU, was den Verbrauch von fossilen Brennstoffen und damit die Ausstöße reduziert. Zertifikate werden deshalb nicht benötigt und stehen auf dem Markt zur Verfügung, was den Preis sinken lässt. Dieses Beispiel zeigt, dass die deutsche erneuerbare Energie die fossile Energieproduktion anderer Staaten subventioniert, weil der Preis der Zertifikate durch die deutsche Produktion gesunken ist. Eine andere Folge des EU-Zertifikatshandels ist die Problemstellung des Carbon-Leakage, wodurch der Standort Europa durch die strengen Ausstoßregelungen weniger attraktiv wird. Besonders ausgesetzte Branchen sind die für

¹⁴⁹ Vgl. Dusser, Gilles und Vollmann, Marcelo: „Vom freundlichen Nebeneinander zur Kooperation? Unterschiedliche Strategien zur Reduzierung der CO₂-Emissionen in Frankreich und Deutschland“, S. 1.

¹⁵⁰ Vgl. Umwelt Bundes Amt: „Emissionshandel“, Webseite.

¹⁵¹ Umwelt Bundes Amt: „Emissionshandel“, Webseite.

¹⁵² Vgl. ebd.

Roheisen und Stahl, Düngemittel und Stickstoffverbindungen, Aluminium, Papier, Karton und Pappe sowie andere anorganische Grundstoffe und Chemikalien.¹⁵³ Für den Standort Deutschland bedeuten diese neuen Herausforderungen mögliche wirtschaftliche Nachteile, was den politischen Druck auf die Bundesregierung verstärkt. Mit der Drohung, Carbonleakage könnte zum Verlust von Arbeitsplätzen führen, steigt dieser Druck, besonders in Zeiten einer wirtschaftlichen Rezession.

Deutschland unterliegt den international vereinbarten Verträgen zum Klimaschutz und den Richtlinien der EU bei der Gestaltung der deutschen Klimapolitik. Auf EU-Ebene gibt es aber keine einheitliche Energiepolitik, die sich mit den Zielen der EU-Klimapolitik in Einklang bringen ließe. Die unterschiedlichen Bundesregierungen seit der Ratifizierung des Kyotoprotokolls entwickelten unter diesen Begrenzungen unterschiedliche politische Lösungen, was sich auf innerstaatlicher Ebene durch unterschiedliche Politik zeigt. Die SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben 1998-2005 energiepolitisch auf den Atomausstieg und einen massiven Ausbau der regenerativen Energie gesetzt. In der Koalitionsregierung mit der CDU/CSU 2005-2009 hielt die SPD an dem Atomausstieg fest, was intern in der Koalitionsregierung zu Unstimmigkeiten geführt hat, jedoch sorgte die Förderung der regenerativen Energien in der CDU/CSU für wenig Widerstand und wurde fortgesetzt.¹⁵⁴ 80 Prozent der produzierten Solarenergie und 60 Prozent der Windenergie der EU wurden 2007 in Deutschland produziert, was den Erfolg der Förderung veranschaulicht.¹⁵⁵ Eine anhaltende Förderung der erneuerbaren Energien hat dazu geführt, dass eine neue einflussreiche Industrie heranwuchs. 2008 waren 278.000 Personen im erneuerbaren Energiesektor beschäftigt, d.h. 12 Prozent mehr als im Jahr 2007.¹⁵⁶ Diese Industrie kann sich gleichzeitig auf steigende Beschäftigungszahlen berufen, was in der Wirtschaftskrise größeren politischen Einfluss verspricht. Zudem kann sie sich auf die große Umweltlobby in Deutschland stützen. Solange die Bundesregierungen Schröder 1998-2005 und Merkel 2005-2009 die Kernkraftwerke längerfristig schließen wollten, war Gas ein Kompromiss zwischen der steigenden Anzahl regenerativen Energieproduzenten und den alten Energieproduzenten, deren Marktdominanz

¹⁵³ Vgl. Görlach Benjamin, Gagelmann Frank, u.a.: „Carbon Leakage – Die Verlagerung von Produktion und Emissionen als Herausforderung für den Emissionshandel?“, S. 19.

¹⁵⁴ Vgl. Der Spiegel: „Steinmeier besteht auf Atomausstieg“, Webseite.

¹⁵⁵ Vgl. Dusser, Gilles und Vollmann, Marcelo: „Vom freundlichen Nebeneinander zur Kooperation? Unterschiedliche Strategien zur Reduzierung der CO₂-Emissionen in Frankreich und Deutschland“, S. 2.

¹⁵⁶ Vgl. O'Sullivan, M., Edler, D., Ottmüller, M., und Lehr, U.: „2009: Bruttobeschäftigung durch erneuerbare Energien in Deutschland im Jahr 2008 - eine erste Abschätzung- Stand: 6. März 2009“, S. 9.

durch eine erhöhte Anlehnung an Gas nicht gefährdet wurde. Mit einem größeren Anteil an erneuerbarer Energie auf dem Markt, sinkt die relative Nachfrage nach Energie aus Kern- oder Kohlekraftwerken. Es entsteht aber ein Systemkonflikt, der zu einer Überproduktion von Energie beiträgt, wenn diese Kraftwerke weiterhin produzieren. Durch den Einspeisevorrang der regenerativen Energie bedeutet dies für den Endkunden jedoch nicht günstigerer Energie. Obwohl die FDP sich zum EEG beim Parteitag 2009 bekannt hat, wird im Koalitionsvertrag unterstrichen, dass eine Überforderung der Solarenergie vermieden werden soll.¹⁵⁷ Die Bundesregierung Merkel 2009 will auch den Neubau von hoch effizienten Kohlekraftwerken unterstützen. Eine Kürzung der Förderungsmaßnahmen des EEGs wurde im Februar 2010 von den Koalitionspartnern beschlossen.¹⁵⁸

Es besteht auch eine Debatte über die Zuverlässigkeit Russlands als Energieversorger Deutschlands und Europas. Hintergrund ist das Zieldreieck der deutschen Energieversorgung, dass die Energie preisgünstig in ausreichenden Mengen und umweltfreundlich zur Verfügung stellen soll. Wichtiger Punkt der Diskussion in Deutschland sind die Streitigkeiten zwischen Russland und der Ukraine über die Gaszuleitung nach Europa. Hierbei gibt es zwischen den politischen Parteien, den wirtschaftlichen Akteuren und den Umweltverbänden unterschiedliche Meinungen. Nord-Stream spielt in dem politischen Spiel eine wichtige Rolle, weil die Pipeline in der Öffentlichkeit die Angst vor einer Abhängigkeit von Russland repräsentiert.¹⁵⁹ Diese Furcht wurde von den Atomlobbyisten im Wahlkampf 2009 als Argumentation für die verlängerten Laufzeiten der Kernkraftwerke benutzt, wobei gleichzeitig Gas und Kohle als für die Umwelt unverträgliche Energiequellen dargestellt wurden.¹⁶⁰ Die CDU/CSU griff auf die Frage der Zuverlässigkeit Russlands zurück, um die Folgen des Atomausstiegs infrage zu stellen.¹⁶¹ Auch die FDP verwies auf die Energieabhängigkeit von Russland in ihrem Grundsatzprogramm. Sie setzt auf eine erhöhte Diversifizierung der Bezugsquellen, was auch den Weiterbetrieb deutscher Kraftwerke voraussetzt.¹⁶² SPD und Bündnis 90/Die Grünen heben in ihren Grundsatzprogrammen hervor, dass Deutschland mittelfristig von fossilen Brennstoffen wie Kohle und Gas abhängig

¹⁵⁷ Vgl. Wagner, Neelke: „FDP pro EEG“, S. 14.

Vgl. Koalitionsvertrag CDU, CSU und FDP: „WACHSTUM, BILDUNG, ZUSAMMENHALT“, S. 27.

¹⁵⁸ Vgl. Frankfurter Allgemeine: „Kürzung der Solar-Subventionen steht“, Webseite.

¹⁵⁹ Vgl. Der Spiegel: „Angst vor russischem Gas-Stopp. Merkel will Atommeiler länger betreiben“, Webseite.

¹⁶⁰ Vgl. Der Spiegel: „Atomlobby plante Wahlkampf minutiös“, Webseite.

¹⁶¹ Vgl. Verivox: „Kritik an Abhängigkeit von Russland nach Ölstop“, Webseite.

¹⁶² Vgl. FDP: „Die Mitte stärken. Deutschlandprogramm 2009“, S. 53-54.

ist, aber dass in Zukunft eine erneuerbare Energieversorgung die Hauptlast tragen muss.¹⁶³ Die Abhängigkeit von Russland wird nicht explizit erwähnt. In der öffentlichen Debatte in Deutschland nach dem russisch-ukrainischen Gasstreit wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass Russland seine Energievorkommen als politisches Druckmittel einsetzen könnte. Russlandsexperte Roland Götz meint dagegen, dass diese Sorge unbegründet ist, weil eine Pipeline zur gegenseitigen Abhängigkeit führt. Russland habe zum Energieträgerexport keine Alternative. Es ist vom Absatzmarkt in Europa längerfristig abhängig.¹⁶⁴

Die Genehmigung, die Nord-Stream-Pipeline zu bauen, erfolgt in einem anderen politischen Klima als bei der Planung des Projektes. Zwischen den Klimaverpflichtungen Deutschlands und der energiepolitischen Debatte besteht ein enger Zusammenhang. Die Bundesregierung steht zwischen den Forderungen der deutschen Gesellschaft und den Forderungen europäischer und internationaler Partner. Auf der EU-Ebene gibt es keine integrierte Energiepolitik, jeder Mitgliedstaat ist für den Ressort selbst verantwortlich. Klima- und Energiepolitik können aber nicht voneinander getrennt praktiziert werden, weil die Energieproduktion der größte Verursacher von Klimagasen ist. Aus diesem Grund verfolgen die unterschiedlichen EU-Staaten verschiedene Energiestrategien, was auch den Energiealleingang Deutschlands erklären kann. Deutschland isolierte sich in der EU mit dem geplanten Atomausstieg; von der Kernenergie erhoffen sich viele Staaten, die Möglichkeit ihren CO₂-Ausstoß zu verringern.¹⁶⁵ Eine Studie der Internationalen Energieagentur (IEA) zeigt aber, dass ein erweiterter Ausbau der Kernenergie die geringsten Ausstoßreduktionen bringt, was den deutschen Sonderweg besser dastehen lässt.¹⁶⁶ Auf der anderen Seite sehen die östlichen Nachbarn Deutschlands den energiepolitischen Alleingang durch die Nord-Stream-Pipeline als eine Bedrohung ihrer Energiesicherheit. Alle drei genannten Bundesregierungen seit 1998 haben, unabhängig von ihrer politischen Orientierung, das Nord-Stream Projekt unterstützt. Gas wird und wurde von den Bundesregierungen als eine gute Alternative zur Kernkraft gesehen, zumal es die Vormachtstellung der großen Energiekonzerne nicht bedrohte. Versorgungssicherheit ist für Deutschland wichtig, weil die

¹⁶³ Vgl. SPD: „Hamburger Programm, Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“, S. 49.

Vgl. Bündnis 90/Die Grünen: „Die Zukunft ist grün. Grundsatzprogramm von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“, S. 31.

¹⁶⁴ Vgl. Götz, Roland: „Russland als Energieversorger Europas und Deutschlands“, S. 33-34.

¹⁶⁵ Vgl. Die Zeit: „Atomkraft hilft dem Klima nicht“, Webseite.

¹⁶⁶ Vgl. International Energy Agency: „Energy Technology Perspectives 2008, S. 5.

Machtgrundlage auf wirtschaftlicher Stärke aufbaut. Nord-Stream steht auch nicht im Konflikt mit den Vorstellungen der Koalitionsregierung CDU/CSU und FDP, weil sie neben den verlängerten Laufzeiten der Kernkraftwerke eine Diversifizierung der Energiebezugsquellen anstrebt. Eine Folge der im Herbst 2008 einziehenden Wirtschaftskrise waren sinkende Energiepreise, was für die energieintensive Produktion vorteilhaft ist, die Absatzmärkte sind jedoch auch von der Wirtschaftskrise betroffen. Aus heutiger Sicht ist Nord-Stream eine gute Ergänzung zur Energiegrundlage Deutschlands und bedeutet für Deutschland, im Gegensatz zu anderen Staaten, wie Polen, der Ukraine und den baltischen Staaten, stabile Gaslieferungen aus Russland. Für die Bundesregierung ziehen die verlängerten Laufzeiten der Kernkraftwerke auf der innerstaatlichen Ebene große politische Kosten mit sich. Ein Vorteil sind aber die billigen Energiekosten der verlängerten Laufzeiten. Die Frage der Versorgungssicherheit verliert kurzfristig an Bedeutung, weil der Industrie billige Energie zur Verfügung steht, wodurch ihre Interessen erfüllt werden.¹⁶⁷ Gas wäre aber unter den vorgegebenen Klimazielen der Bundesregierung eine bessere Brückentechnologie. Darüber hinaus ist Gas ein akzeptabler Kompromiss für den wachsenden regenerativen Energiesektor und die Umweltschutzvereine. Jedoch wird die endgültige Energiepolitik der Koalitionsregierung erst im Herbst 2010 vorgelegt werden, nach den wichtigen Wahlen im Bundesland Nordrhein-Westfalen.

3.2.2 Wirtschaftliche Folgen des Nord-Stream-Projektes

Ein großes Projekt wie Nord-Stream verlangt viele neue Investitionen, wodurch auch Akteure ins Spiel kommen, die nur bei einer Realisierung des Projektes beteiligt sind, wie Lieferanten, Arbeitnehmer oder Behörden. Auf der anderen Seite wird durch die Pipeline ein Markt beliefert, auf den auch andere wirtschaftliche Akteure Interessen haben. Ich werde in diesem Kapitel die wirtschaftlichen Folgen der Nord-Stream-Pipeline diskutieren.

Traditionell haben wirtschaftliche Akteure eine wichtige Rolle in den außenpolitischen Beziehungen Deutschlands gespielt; wirtschaftliche Akteure sorgten während des Kalten

¹⁶⁷ Vgl. Bundesverband Deutscher Industrie: „Pressemitteilung“, Webseite.

Krieges für die ersten Kontakte nach Ost-Europa und der Sowjetunion.¹⁶⁸ Eine wirtschaftliche Integration war auch Treibkraft hinter der Europäischen Union und ermöglichte Deutschland ihren Einfluss ohne Gewaltmittel auszubauen. Eine Machtbasis auf der Grundlage militärischer Macht wäre nach dem Zweiten Weltkrieg für Deutschland unmöglich gewesen. Heute hat Deutschland die größte Wirtschaft der EU und ist eines der wichtigsten Mitglieder der Währungsunion.¹⁶⁹ Im Besitz einer der größten Wirtschaften der Welt kann Deutschland eine gestaltende Rolle einnehmen. Die Ost-Erweiterung der EU hat nicht nur die wirtschaftliche Integration Europas vorangetrieben, sondern auch neue Märkte für Deutschland geöffnet. Eine starke Ausrichtung auf den Export wird auch durch die Tatsache unterstrichen, dass jeder dritte Arbeitsplatz in Deutschland vom Export abhängig ist. Als einer der weltweit größten Exporteure ist die deutsche Volkswirtschaft von internationalen Stagnations- und Rezessionsphasen stärker beeinflusst als Wirtschaften mit einem großen Binnenabsatzmarkt.¹⁷⁰ Aus diesen Gründen genießen die Standortpolitik und der Außenhandel einen hohen Stellenwert bei den Politikern und in der Wirtschaft. Deutschland profitiert von einer wirtschaftlichen Verflechtung zwischen Deutschland und Russland, die auch weit vorgeschritten ist; 10 Prozent der russischen Exporte gehen nach Deutschland und über 4500 deutsche Unternehmen betätigen sich in Russland.¹⁷¹ Die Nord-Stream-Pipeline ist ein Teil der vertieften wirtschaftlichen Verbindungen zwischen den beiden Ländern.

E.ON Ruhrgas und BASF Wintershall gehören beide zu den größten Energiekonzernen am deutschen Markt. E.ON Ruhrgas ist der größte Akteur mit 60 Prozent des gelieferten Gases. Nach der Bundesnetzagentur liegen über 75 Prozent der Kapazitäten in der Hand weniger Konzerne, wie E.ON, Wingas (eine BASF- und Gazprom-Tochter), Onstras und BEB Transport. Hinter Ontras steht der Leipziger VNG-Konzern und hinter BEB Transport stehen die Mineralölkonzerne ExxonMobil und Royal Dutch Shell.¹⁷² Der Einfluss der großen Akteure auf die Politik ist nicht unbedeutend. Greenpeace und der BUND beschuldigen die Bundesregierung, ihr Gehör zu sehr den Energieriesen zu leihen und die Bedürfnisse der

¹⁶⁸ Vgl. Bühner, Werner: „Wirtschaftsverbände“, S.293-294.

¹⁶⁹ Vgl. Staack, Michael: „Deutschland als Wirtschaftsmacht“, S. 85.

¹⁷⁰ Vgl. ebd.

¹⁷¹ Vgl. Timmermann, Heinz: „Die deutsch-russischen Beziehungen im europäischen Kontext“, S. 111.

¹⁷² Vgl. Der Spiegel: „Deutschlands Energie – alle Fakten“, Webseite.

Verbraucher und die Umwelt zu vernachlässigen.¹⁷³ Zwischen der Politik und der Energiewirtschaft gibt es Verflechtungen, mit einem großen Personalaustausch zwischen der Politik und der Wirtschaft.¹⁷⁴ In den 1980er-Jahren änderte sich die Regulierung des deutschen Energiemarktes durch die Zielsetzung der EU, einen einheitlichen Energiemarkt in Europa zu schaffen. Traditionell hatten sich die deutschen Energiekonzerne sich in regionalen Einheiten organisiert, ohne einander Konkurrenz zu bereiten. Mit der Liberalisierung des Energiemarktes und dem Koalitionspartner der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, kam eine neue Dynamik ins Energiespiel. Ein Atomausstieg wurde von der Bundesregierung beschlossen und durch die massive Förderung von erneuerbaren Energien kamen viele neue Energieerzeuger auf den Markt.¹⁷⁵ Die Nord-Stream-Pipeline kann aus dieser Perspektive als eine Reaktion auf die neue Dynamik des deutschen und europäischen Energiemarktes gesehen werden. E.ON Ruhrgas und BASF Wintershall festigen durch die Nord-Stream-Pipeline ihre Positionen am Markt durch einen direkten Zugang zu den russischen Gasquellen in der südlichen Arktis. Alle Teile der Wertschaffungskette sind somit unter Kontrolle von E.ON Ruhrgas und BASF Wintershall; von der Förderung in der Arktis bis hin zum Endkunden in Deutschland. Aus politischer Sicht ist die Situation auf dem deutschen Gasmarkt bedenklich, weil es wenig Konkurrenz gibt. Aus diesem Grund möchte die Koalition CDU/CSU und FDP die regionalen Gasmärkte auf höchstens zwei Märkte integrieren, eines für High-Gas und eines für Low-Gas.¹⁷⁶ Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) will die Konkurrenz auch per Zerschlagung bewerkstelligen.¹⁷⁷ Die Bundesregierung sieht die Marktmacht der großen Konzerne als ein Hindernis auf dem Weg zur weiteren wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands. E.ON Chef Wulf Bernotat warnte vor einer Zerschlagung der Großkonzerne, weil nur diese neue Technologien in den Markt einbringen und mit großen Lieferanten auf Augenhöhe verhandeln könnten.¹⁷⁸ Bei einer Aufspaltung der Energiekonzerne verlieren sie auch den Vorteil, aus einem relativ geschützten Heimmarkt in andere europäische Staaten zu expandieren. Es sieht aber nicht so aus, als würden alle davon profitieren, wenn die dominierenden deutschen Akteure in ihrer jetzigen Form weiter existieren. Ein Beispiel hierfür ist die Energieeinspeisung entlang der Nordmeerküste Deutschlands. E.ON betreibt

¹⁷³ Vgl. Greenpeace Deutschland: „Schwarz-Gelb versagt beim Umweltschutz - Deutschland gibt Vorreiterrolle auf und bedient Interessen der Konzerne“, Webseite.

Vgl. Bund Umwelt und Naturschutz Deutschland: „Deutschland kann mehr“, S. 1.

¹⁷⁴ Vgl. Greenpeace Deutschland: „Schwarzbruch Klimaverhinderer“, S. 13-18.

¹⁷⁵ Vgl. Kleinwächter, Kai: „Das ‚Eiserne Pentagramm‘ –Strommarktregulierung in Deutschland“, S. 70-74.

¹⁷⁶ Vgl. CDU, CSU und FDP: „WACHSTUM, BILDUNG, ZUSAMMENHALT“, S. 28-29.

¹⁷⁷ Vgl. Handelsblatt: „Wirtschaftsminister will Konzern-Zerschlagung“, Webseite.

¹⁷⁸ Vgl. manager-magazin: „Bernotat lehnt Zerschlagung ab“, Webseite.

das Stromnetz an der Nordmeerküste alleine und muss per Gesetz erneuerbare Energie bei der Einspeisung bevorzugen. Kleine Stromerzeuger, die Offshorewindparks planen, bekommen von der E.ON-Tochter aber oft eine Abfuhr bei der Antragstellung auf eine Stromeinspeisung. Dabei gibt es mehrere Investoren, die Offshorewindkraftwerke bauen möchten.¹⁷⁹ Es wird in Zukunft erwartet, dass der weltweite Gaspreis mittelfristig sinken wird, weil Abstände mit der Entwicklung von LNG keine bedeutende Rolle mehr spielen und weil die Wirtschaftskrise die Nachfrage nach Energie sinken ließ. Die Förderung von Gas in Schieferformationen in den USA und Kanada haben den Preis auf dem Gasmarkt weiter nach unten gedrückt.¹⁸⁰ Weil alle deutschen Importe über Leitungen erfolgen, deren Preise über langfristige Verträge geregelt sind, merken die Verbraucher die Preisreduktion nicht. Hinzu kommt, dass viele Verträge eine Mindestabnahmeklausel beinhalten, wodurch die Gaspreise trotz niedrigerem Verbrauch nicht sinken. Letzlich werden die zusätzlichen Kosten auf den Kunden übertragen.¹⁸¹ Höhere Energiepreise werden sich auf die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Deutschland auswirken, indem die Produktion verteuert wird.

Für das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern und die nähere Umgebung der Stadt Lubmin bedeutet das Nord-Stream Projekt neue Arbeitsplätze. Viele Projekte hängen von einer Realisierung des Projektes ab. Von dem Röhrenhersteller EUROPIPE wurde auf Rügen ein Ummantelungswerk erbaut, und es werden zwei Gaskraftwerke nahe Lubmin geplant. Von der Gaslandungsstation in Lubmin werden zwei Pipelines über Land geplant, was weitere Investitionen verlangt.¹⁸² Eine Investitionssumme von 4 Milliarden Euro wird bis 2013 in Mecklenburg-Vorpommern durch das Projekt erwartet.¹⁸³ Drei Gasspeicher sind im Bundesland geplant, die zusätzliche 1,3 Milliarden Euro an Investitionen mit sich bringen würden. Die Nord-Stream-Pipeline würde weitreichende Folgen für das Bundesland haben, das 2008 mit 14,1 Prozent die höchste durchschnittliche Arbeitslosenquote aller Bundesländer hatte.¹⁸⁴ Es gibt zwischen Ost- und Westdeutschland ein beachtliches Gefälle gegenüber Ostdeutschland bei der Zahl der Arbeitslosen. Mecklenburg-Vorpommern erlebte bei der Wiedervereinigung große Anpassungsschwierigkeiten, weil viele Kombinate der DDR der

¹⁷⁹ Vgl. Financial Times Deutschland: „Wie Eon Windparks blockiert“, Webseite..

¹⁸⁰ Vgl. FOCUS: „In die Röhre gekuckt“, Webseite.

¹⁸¹ Vgl. SPIEGEL: „Gasverbrauch sinkt, Gazprom will trotzdem Geld“, Webseite.

¹⁸² Vgl. Nord Stream AG: „Die Nord Stream-Pipeline und ihre Folgeprojekte: Ein privat finanziertes Konjunkturprogramm“, S. 1-3.

¹⁸³ Vgl. ebd., S.1.

¹⁸⁴ Vgl. Bundesagentur für Arbeit: „Arbeitsmarkt 2008, Amtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit“, S. 45.

Herausforderungen der Marktwirtschaft nicht standhielten.¹⁸⁵ Trotz staatlicher Förderung gelingt es den neuen Bundesländern nicht, auf den gleichen Stand wie die alten Bundesländer zu kommen. Mecklenburg-Vorpommern kam bei einem Wirtschafts-Ranking der IW Consult und der Gesellschaft für wirtschaftliche Strukturforchung auf den letzten Platz.¹⁸⁶ Ein großes Projekt wie die Nord-Stream-Pipeline würde positive Auswirkungen für die Infrastruktur des Bundeslandes haben. Das Projekt setzt eine großflächige Modernisierung der Infrastruktur voraus und würde neue Arbeitsplätze mit sich bringen. Im Koalitionsvertrag bekennt sich die Bundesregierung zum Abbau der Strukturschwächen in Ostdeutschland.¹⁸⁷ Ziel der Bundesregierung ist es, die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland weiter abzubauen. Ein großes Projekt wie die Nord-Stream-Pipeline mit Gesamtinvestitionen in Höhe von 7,4 Milliarden Euro ist für Mecklenburg-Vorpommern von großer wirtschaftlicher und strukturmäßiger Bedeutung und entspricht den politischen Zielen der Bundesregierung.¹⁸⁸

Nicht nur in der unmittelbaren Umgebung der Pipeline führt das Projekt zu einem wirtschaftlichen Boom. 860 000 Tonnen Stahl werden von den EUROPIPE-Unternehmen Dillinger Hütte und Salzgitter Mannesmann geliefert. EUROPIPE beschäftigt alleine durch die Nord-Stream Aufträge 800 Menschen. Um die Röhren nach Rügen zu verfrachten, wurde die Tochtergesellschaft der Deutschen Bahn DB Schenker mit dem Transport der 75 000 Röhren beauftragt; 700 Züge werden dafür gebraucht.¹⁸⁹ Wirtschaftspolitisch gesehen wird durch die Pipeline ein regionaler Konjunkturaufschwung in Gang gesetzt.

Das Nord-Stream Projekt berührt gleichzeitig mehrere bevorzugte Politikfelder der Bundesregierung. Es belebt die Konjunktur eines der schwächsten Bundesländer, festigt aber gleichzeitig die Position der zwei dominierenden Energieunternehmen in Deutschland. Für Mecklenburg-Vorpommern steht viel auf dem Spiel, die Ringwirkungen des Projektes würde die Wirtschaft des Bundeshandels beleben.

¹⁸⁵ Vgl. Papendieck, Henner: „Mecklenburg-Vorpommern : Wege in eine bessere wirtschaftliche Zukunft; eine Tagung des Vereins für politische Bildung und Soziale Demokratie und der Friedrich-Ebert-Stiftung am 23. und 24. August 1990 in Schwerin“, Webseite.

¹⁸⁶ Vgl. Pries, Raimo: „Staatliche Förderung strukturschwacher Regionen, ökonomische Vorteile und Nachteile am Beispiel Mecklenburg-Vorpommerns.“, S. 6.

¹⁸⁷ Vgl. CDU, CSU und FDP: „WACHSTUM, BILDUNG, ZUSAMMENHALT“, S. 58.

¹⁸⁸ Vgl. Nord Stream AG: „Die Pipeline“, Webseite.

¹⁸⁹ Vgl. Nord Stream AG: „Die Nord Stream-Pipeline und ihre Folgeprojekte: Ein privat finanziertes Konjunkturprogramm“, S. 4.

3.2.3 Die Umwelt und die Nord-Stream-Pipeline

Ein Projekt, das grenzüberschreitende Umweltfolgen mit sich ziehen kann, unterliegt den Regulationen der Espoo-Konvention (Convention on Environmental Impact Assessment in a Transboundary Context).¹⁹⁰ Nach den Mechanismen der Espoo-Konvention müssen Staaten, die von einem Projekt berührt werden, sich untereinander konsultieren. Auch der Öffentlichkeit soll die Möglichkeit gewährt werden, sich zum Projekt zu äußern.¹⁹¹ Eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) muss nach der Espoo-Konvention von der Nord-Stream AG in allen berührten Staaten vorgenommen werden. Ich werde mich in diesem Teil der Arbeit auf die deutsche UVP konzentrieren. Auf der Grundlage internationaler Übereinkommen bekommt eine ursprünglich innerstaatliche Angelegenheit eine internationale Dimension, diese wird der weiteren Diskussion behandelt.

Seit Planung des Projektes wurden seitens der Umweltschutzorganisationen World Wildlife Fund und Bund Umwelt und Naturschutz Deutschland darauf aufmerksam gemacht, dass eine große Pipeline in der Ostsee verheerende Konsequenzen auf die Umwelt haben könnte. Weltweit ist die Ostsee einzigartig; sie ist fast komplett von Land umschlossen und zugleich eines der flachsten Gewässer, mit einer durchschnittlichen Wassertiefe von nur 52 Metern. Acht Jahre dauert es um die Hälfte des Wassers in der Ostsee mit „frischem“ Wasser aus dem Atlantik zu ersetzen, 30 Jahre, um alles auszutauschen. Am Meeresboden haben sich im Laufe der Jahre große Mengen Schwermetalle abgelagert. Verursacher sind die Landwirtschaft, die vermehrte Schifffahrt und die Industrieproduktion der Anrainerstaaten.¹⁹² Die Umweltschutzorganisationen befürchten, dass der Bau der Nord-Stream-Pipeline die Schwermetalle im Meeresgrund erneut freisetzen könnte.

Der Greifswalder Bodden, wo ein Teil des deutschen Röhrenstrangs eingegraben wird, ist ein sehr empfindlicher Meeresbereich mit einer durchschnittlichen Wassertiefe von 5,6 Metern. Flachwasserzonen und Sandbänke im Bodden dienen als wichtige Nahrungsgebiete für Fische wie Hering, Zander und Aal. Die Heringsbestände der westlichen Ostsee haben im Greifswalder Bodden ihr wichtigstes Laichgebiet. Vögel benutzen das Gebiet bei der

¹⁹⁰ Vgl. United Nation Economic Commission for Europe: „Convention on Environmental Impact Assessment in a Transboundary Context (Espoo, 1991) - the Espoo (EIA) Convention“, S. 4.

¹⁹¹ Ebd., S. 3.

¹⁹² Vgl. Whist, Bendik Solum: „Nord Stream: Not Just a Pipeline An analysis of the political debates in the Baltic Sea region regarding the planned gas pipeline from Russia to Germany“, S. 40-41.

Winterwanderung zur Rast.¹⁹³ In dem Gebiet befinden sich mehrere Naturschutzgebiete, darunter auch ein „Natura 2000 EU-Naturschutzgebiet“. 1992 wurde von den EU-Mitgliedstaaten ein Gesetz zum Schutz bedrohter Habitats verabschiedet. Das Gesetz beinhaltet Maßnahmen zur Errichtung von Schutzgebieten, die in dem Natura-2000-Programm der EU organisiert sind.¹⁹⁴ Nach den Natura-2000-Verpflichtungen gegenüber der EU besteht in den Schutzgebieten ein Verschlechterungsverbot.¹⁹⁵ Die Nord-Stream AG wird in einem Abschnitt von 15 Kilometern die Pipeline in 15 Meter Tiefe in den Greifswalder Bodden eingraben.¹⁹⁶ Durch das geplante Eingraben der Pipeline und die Einrichtung einer Klappstelle außerhalb der Insel Usedom erwarten die Umweltschutzverbände erhebliche Nährstoffbelastungen infolge der Bodenarbeiten und bei der Entfernung von Munition. Die möglichen Auswirkungen auf die vorhandenen Ökosysteme wurden von der Nord-Stream AG zu wenig erforscht, sagt der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND).¹⁹⁷

Außerhalb des Greifswalder Bodden bis zur Grenze der deutschen ausschließlichen Wirtschaftszone wird die Pipeline nicht eingegraben, sondern auf dem Meeresboden verlegt. Wo es erforderlich ist, wird ein Teil des Röhrenstrangs zum Schutz zugeschüttet. Während des Zweiten Weltkrieges wurde das Gebiet, in dem der Röhrenstrang auf flachem Wasser trifft, schwer von den Alliierten gebombt. Der BUND befürchtet, dass viele Sprengkörper in der Röhrentrasse liegen und Menschen und Tieren schaden könnten.¹⁹⁸ Bei den Bauarbeiten könnten zusätzliche Probleme hinzukommen: der Meeresabschnitt war eines der am stärksten verminten des Zweiten Weltkrieges und 40 000 Tonnen Kriegsmittel wurden in der Ostsee entsorgt. Es gibt in den Verzeichnissen über die Deponierung der Kriegsmittel große Lücken und nicht erfasste Waffen können beim Pipelinebau zu Schäden führen.¹⁹⁹

¹⁹³ Vgl. Vater, Günther: „Greifswalder Bodden und anthropogene Einflüsse“, S. 2.

¹⁹⁴ Vgl. Natura 2000: „What is Natura 2000?“, Webseite.

¹⁹⁵ Vgl. Biosphärenreservat Ost-Rügen : „Natura 2000 – ein Netzwerk für die Zukunft“, Webseite.

¹⁹⁶ Vgl. Nord Stream AG: „Dokumentation zur Nord Stream Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) zur Konsultation gemäß dem Espoo-Übereinkommen,“ S. 9.

¹⁹⁷ Vgl. WWF Deutschland: „NordStream muss Umweltbelastungen ausgleichen“, Webseite.

¹⁹⁸ Vgl. Bund Umwelt und Naturschutz Deutschland : „Comments by the BUND Federal Association on the approval procedure for constructing and operating the ‚Nord Stream‘ natural gas high-pressure pipeline through the Baltic“, S. 5.

¹⁹⁹ Vgl. Helsinki Commission: „Catches of chemical munitions in the Baltic have ceased“, Webseite.

Teil der Umweltdiskussion ist auch der Inhalt der Pipeline, das Gas. Es soll in Zukunft zur Energieversorgung Deutschlands beitragen. Doch es wird auch die Frage gestellt, ob es keine Alternativen zum Gas gibt. Grundsätzlich erkennen auch die Umweltschutzverbände den Vorteil des Gases gegenüber anderen fossilen Brennstoffen wie Kohle oder Erdöl an. Im Koalitionsvertrag hat die Bundesregierung beschlossen, den Atomausstieg zu verzögern und den Bau hoch effizienter Kohlekraftwerke zu genehmigen.²⁰⁰ Von der Nord-Stream AG werden die Vorteile des Gases gegenüber anderen fossilen Brennstoffen hervorgehoben; dabei soll das Projekt letztendlich umweltschonender sein als die Alternativen.²⁰¹ Es scheint als teile die Öffentlichkeit die Meinung bezüglich des Gases. Ein Beispiel hierfür ist der Widerstand gegen ein geplantes Kohlekraftwerk in Lubmin, wo auch die Nord-Stream-Pipeline an Land geführt wird. Dong Energy, ein dänischer Energiekonzern, plante außerhalb von Lubmin ein Kohlekraftwerk zu errichten. In der Bevölkerung stießen die Pläne auf großen Widerstand. Über 30 000 Unterschriften wurden gegen das Kohlekraftwerk eingesammelt.²⁰² Hinter dem Widerstand stand eine Bürgerinitiative mit der Unterstützung der Umweltschutzverbände WWF und BUND. Schließlich wurde der Plan, ein Kraftwerk zu bauen, aufgegeben. Der Grund war die Verweigerung der verantwortlichen Politiker, erklärte der Konzern.²⁰³

Am 21. Dezember 2009 genehmigte das Bergamt Stralsund den Bau der Pipeline innerhalb der deutschen AWZ, und am 28. Dezember 2009 genehmigte das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrografie den Röhrenstrang außerhalb der deutschen AWZ. Dies bedeutete das Ende des drei Jahre langen Genehmigungsprozesses. Die Nord-Stream AG musste im Verlauf der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) mehr als 200 Stellungnahmen entgegennehmen. Davon kamen 80 Prozent von Behörden und 20 Prozent von Nichtregierungsorganisationen (NRO) und anderen Interessengruppen.²⁰⁴ Schwedische Behörden wiesen die erste UVP als unzureichend zurück. Unzureichend ist auch die deutsche UVP laut Meinung der deutschen Umweltschutzverbände. Sie bemängelten insbesondere die

²⁰⁰ Vgl. Koalitionsvertrag CDU, CSU und FDP: „WACHSTUM, BILDUNG, ZUSAMMENHALT“, S. 28-29.

²⁰¹ Vgl. Nord Stream AG: „The Project & the Environment“, S. 19.

²⁰² Vgl. Bürgerinitiativen Kein Steinkohlekraftwerk in Lubmin: „Allianz, Kein Steinkohlekraftwerk in Lubmin“, Webseite.

²⁰³ Vgl. Norddeutscher Rundfunk: „Lubminer Kraftwerksprojekt löst sich in Rauch auf“, Webseite.

²⁰⁴ Vgl. Nord Stream AG: „Rechtlicher Rahmen und öffentliche Konsultation“, Webseite.

geplanten Maßnahmen zum Ausgleich der verursachten Schäden an der Umwelt.²⁰⁵ Im Licht meines theoretischen Ansatzes spielt die UVP eine einflussreiche Rolle im politischen Spiel um die Pipeline. Unterschiedliche „Stakeholder“ konnten sich zum Projekt äußern, worauf der Konzern zwei öffentliche Anhörungen organisierte. Der Prozess erlaubte eine Diskussion über die Gegensätze, wo beide Seiten ihre Behauptungen öffentlich dokumentieren mussten. Durch eine öffentliche Beteiligung an dem Projekt wurden viele Bedenken zur Pipeline von Nord-Stream AG zur Kenntnis genommen und der Verlauf der Pipelinetrasse wurde entsprechend abgeändert.²⁰⁶ Meiner Meinung nach resultierte die offene Berücksichtigung der Probleme, die der Bau der Pipeline verursacht, in einer höheren Toleranz in der Bevölkerung. Obwohl der WWF die Genehmigung rechtlich überprüfen möchte, rühmt er den großen Aufwand der Untersuchungen durch die Nord-Stream AG.²⁰⁷ Seitens der Umweltschützer will man einer Pipeline nur zustimmen, wenn die Folgen für die Umwelt gleich Null sind. Dies ist in einem Gebiet wie dem Greifswalder Bodden schwer zu bewerkstelligen.

²⁰⁵ Vgl. Reuters: „Sweden says application for Baltic pipeline incomplete“, Webseite.

Vgl. WWF: „Nord Stream assessment seriously underestimates environmental consequences for the Baltic Sea“, Webseite.

²⁰⁶ Vgl. Nord Stream AG: „Internationales Konsultationsverfahren“, Webseite.

²⁰⁷ Vgl. WWF: „NordStream muss Umweltbelastungen ausgleichen“, Webseite.

Vgl. WWF: „Deutschland genehmigt Ostseepipeline“, Webseite.

3.3 Auswertung der Funde

Hauptziel dieser Untersuchung war es, das Spannungsfeld zwischen innenpolitischen und außenpolitischen Interessen auf die Politik der Bundesregierung zu untersuchen. Der Fall der Nord-Stream-Pipeline wurde hier gewählt, weil er viele der gleichen Elemente der präsentierten Arktispolitik Deutschlands beinhaltet. Ich habe mich dabei besonders auf die innerstaatliche Ebene konzentriert. Ich habe in der Analyse unterschiedliche Spannungsfelder zwischen innerstaatlichen und internationalen Akteuren beleuchtet. Die Politik der Bundesregierung wird aus unterschiedlichen Gründen begrenzt. Die Ideologie der Bundesregierung ist bei der Ausformung der Politik zentral. Im Hinblick auf den Prozess der Genehmigung der Nord-Stream-Pipeline, spielt die Einstellung zur Atomkraft und zur Förderung der erneuerbaren Energien eine bedeutende Rolle. Die Frage, ob es zum Gas im deutschen Energiemix überhaupt eine Alternative gibt, wurde von der Koalitionsregierung CDU/CSU und FDP mit einem Ja zur Kernkraft beantwortet. Diese Politik wurde unter anderem von der Atomlobby, der deutschen Industrie und dem BDEW unterstützt. Drohungen, Arbeitsplätze könnten aufgrund der hohen Energiekosten aus Deutschland verschwinden, ermöglichten nach Meinung des Verfassers die verlängerten Laufzeiten der Kernkraftwerke während der Krisenzeit. Die deutsche Wirtschaft erholt sich nach der Wirtschaftskrise langsam und für die Zukunft könnte die Energiepolitik der Regierung politisch teuer werden; Streitigkeiten über die verlängerten Laufzeiten der Koalitionspartner und die strategische Veröffentlichung des Energiekonzepts nach den Wahlen im Bundesland Nordrhein-Westfalen verstärken diesen Eindruck. Die Bundeslandwahlen in Nordrhein-Westfalen könnten zum Lackmустest der Politik der Koalitionsregierung werden. Bei der Formulierung der Energiepolitik Deutschlands spielen die Energiekonzerne eine wichtige Rolle, sie können, wie im Wahlkampf 2009 eigene politische Ziele verfolgen, indem sie die öffentliche Meinung beeinflussen und dadurch ihre Interessen auf die Tagesordnung setzen. Die großen Energiekonzerne waren mit dem Atomausstieg der SPD und der Bündnis 90/Die Grünen nicht zufrieden und fanden in der neuen Koalitionsregierung einen Partner. Die Parteien CDU/CSU und insbesondere FDP waren bereits früher für verlängerte Laufzeiten der Atomkraftwerke, jedoch sorgte die Weltwirtschaftskrise für eine größere Akzeptanz in der Bevölkerung. In Betracht zur Nord-Stream-Pipeline wird Gas in Deutschland langfristig eine wichtige Rolle spielen, weil Gas nicht so umstritten wie Kohle- und Kernenergie ist. Auch der BUND, Greenpeace, die Deutsche Umwelthilfe und der anwachsende Mittelstand im regenerativen Energiesektor sehen ihre Interessen durch das Gas nicht bedroht. Die Stellung

des Gases ist politisch nicht umstritten, jedoch die der Kernkraft und mittlerweile auch die der Kohlekraft, wie durch den Widerstand gegen das Kraftwerk in Lubmin gezeigt wurde.

Die Nord-Stream-Pipeline zementiert die geltenden Verhältnisse auf dem deutschen Energiemarkt, Konkurrenz ist nicht die größte Bedrohung der Vormachtstellung der Konzerne, sondern die Politik. Bundeswirtschaftsminister Brüderle (FDP) wünscht sich keine regional abgekapselten Gasmärkte. Die Bundesregierung möchte deshalb die Gasmärkte in höchsten zwei vereinen, um Konkurrenz zu fördern. Für vollintegrierte Energiekonzerne, wie E.ON Ruhrgas und BASF Wintershall, die jetzt die Kontrolle über die gesamte Wertschöpfungskette besitzen, von der Exploration bis zu Kundenlieferung, werden die Marktformen weniger berühren, weil sie größere Kontrolle über die Kosten haben. Es ist deshalb zu erwarten, dass auch andere Energiekonzerne versuchen vollintegrierte Kapazitäten aufzubauen, um die gleiche Kostenkontrolle zu haben.

Unter der Regierung Schröder 1998-2005 war Gas die Energiealternative der Zukunft und ist auch heute der Energieträger auf den sich die Interessen der Umweltschützer und der traditionellen und die heranwachsende regenerativen Energieindustrie einigen können. Dies stimmt auch auf der umweltpolitischen Ebene, weil bei der Verbrennung von Gas wenig CO₂ entsteht, wodurch der Bauprozess der Nord-Stream-Pipeline schon unter einem anderen Licht stand. Die Umweltschutzvereine haben zu dem Projekt immer noch ihre Bedenken, aber die größten Bedenken wurden durch die deutsche Umweltverträglichkeitsprüfung aus dem Weg geräumt. Es besteht aber noch eine gewisse Unsicherheit gegenüber den Ausgleichsmaßnahmen nach den Bauarbeiten, die von dem Verband WWF bemängelt werden. Politisch wurde die Pipeline von der Bundesregierung und der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern unterstützt; nach dem umfangreichen Verfahren der Verträglichkeitsprüfung stand dem Projekt nichts mehr im Weg.

4 Schlussfolgerungen der Studie

Ziel der vorliegenden Masterarbeit war es, mittels des ausgewählten theoretischen Ansatzes und des methodischen Vorgehens, die deutsche Außenpolitik zu untersuchen. Zwei Fallbeispiele wurden gewählt, um über den ausgewählten Fällen tiefgehende Erkenntnisse zu gewinnen und diese zu benutzen, um etwas über das Themenfeld als Generell zu sagen. Dieser Teil der Arbeit präsentiert diesen erweiterten Ausblick und soll zugleich die Schlussfolgerungen der Studie dem Leser präsentieren.

Die Arktisstrategie und die Energieaußenpolitik Deutschlands ist Teil der übergeordneten politischen Zielsetzung der Bundesregierung. Oberstes Ziel ist es, das Fortbestehen Deutschlands als Staat zu sichern und dessen Sicherheit auch für die Zukunft zu gewährleisten. Traditionell wird die Politik in High- und Low-Politics eingeteilt, wo High-Politics das Überleben des Staates beinhalten und Low-Politics die anderen Politikfelder umfassten. Umweltschutz wurde traditionell nicht zu den High-Politics gerechnet; von deutscher Seite wurde auch die Frage der Energiesicherheit nicht zum Themenbereich gerechnet. Es wird aber in der Arktisstrategie und konkret beim Nord-Stream Projekt gezeigt, dass sich dieses Denken ändert. Bundeskanzler Schröder machte es zweifelslos klar, dass es bei dem Projekt vorrangig um deutsche Interessen ginge. Die Energieversorgung hat seit Beginn des Jahrtausends eine prominente Stellung im Denken über die Sicherheitspolitik Deutschlands eingenommen. Was früher als normales Handelsgut betrachtet wurde, ist nun überlebenswichtig. Die Wirtschaft ist ein wichtiger Teil der deutschen High-Politics, im höheren Grade als bei vergleichbaren Staaten, weil eine militärische Machtbasis in Deutschland aus historischen Gründen keine Alternative war. Mit den schwindenden fossilen Energieressourcen und das Fehlen einer einheitlichen europäischen Energiepolitik hat sich die deutsche Energieaußenpolitik geändert. Nord-Stream sorgt dafür, dass sich Deutschland einen exklusiven Zugang zu den russischen Gasvorkommen sichert, vorbei an den östlichen europäischen Partnern. Das Projekt wurde auch nach dem Regierungswechsel 2009 und der Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke vorangetrieben. Vor diesen Tatsachen ist festzustellen, dass es eine parteienübergreifende Einigkeit gibt, die Energiegrundlage Deutschlands zu sichern, auch gegen den Willen europäischer Partner. Gleichzeitig können wir feststellen, dass es einen Wandel im deutschen militärischen Selbstverständnis gegeben

hat. Deutsche Kriegsschiffe patrouillieren vor der Küste Afrikas, Bundeswehrsoldaten sind in Afghanistan stationiert und eigene internationale Überwachungskapazitäten wurden ausgebaut. Deutschland bekennt sich schrittweise zur Rolle eines mächtigen Staates, was auch internationale Verantwortung voraussetzt, der nicht nur durch Diplomatie und Verhandlungen agiert, sondern auch militärische Stärke hinter seine Politik setzt.

Internationale politische Verantwortung nimmt die Bundesregierung auch bei dem Thema Klimawandel. Deutschland war bei der Klimakonferenz 2009 in Kopenhagen einer der Staaten, die sich für einen verbindlichen Vertrag aussprachen. Die Energiepolitik Deutschlands reflektiert auch dieses Engagement für das Klima. In der EU steht Deutschland alleine mit 60 Prozent der Kürzungen des emittierten Kohlendioxids und produziert 80 Prozent der Solar- und 60 Prozent der Windenergie. Energiepolitisch isolierte sich Deutschland in der EU mit dem Atomausstieg, aber kein anderer EU-Staat produziert so viel regenerative Energie. Es ist aber unter der geltenden politischen Führung nicht zu erwarten, dass das Neubauverbot gegen Kernkraftwerke aufgehoben wird, dazu werden die politischen Kosten zu hoch eingeschätzt. Die Nord-Stream-Pipeline hatte lange in der deutschen Energiestrategie eine Schlüsselrolle, mit der wachsenden Mobilisierung gegen die verlängerten Laufzeiten wird sie in Zukunft wieder ihr wichtige Rolle einnehmen.

Abschließend können die Hauptkenntnisse des erweiterten Ausblicks auf die Außenpolitik Deutschlands wie folgt aufsummiert werden. Aus energiepolitischen Gründen begrüßt Deutschland die Energieexploration in der Arktis, solange dies keine verheerenden Folgen für die Umwelt erfolgt. Der Klimawandel wird soweit möglich im internationalen Rahmen bekämpft, erzielt man hierdurch keine Resultate, konzentriert man sich auf unilaterale Maßnahmen oder im Rahmen der EU auf Ausstoßsenkungen, solange dies die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft nicht beeinträchtigt. Die Arktisforschung ist ein integrierter Teil der politischen Zielformulierung und dient auch der Grundlage einer vorsichtigen Anspruchsstellung in arktischen Fragen, wie die Teilnahme im Arktischen Rat. Das geplante Forschungsschiff AURORA BOREALIS ist eine Weiterführung deutscher Präsenz in der Arktis und soll durch Probebohrungen neue Kenntnisse über Ressourcenvorkommen in der Arktis liefern. Eine militärische Eskalierung des Wettrenns

in der Arktis ist von deutscher Seite unbedingt zu vermeiden, da USA, Norwegen, Kanada und Dänemark auf der einen Seite NATO-Partner Deutschlands sind. Auf der anderen Seite ist Russland Deutschlands größter Energielieferant. Für Deutschland lohnt sich im Wettlauf um die Arktis eine Rolle als Mittelman einzunehmen, der zwischen den unterschiedlichen Partnern schlichtet, wie auch Außenminister Steinmeiers Kommentar zur russischen Tauchmission im Sommer 2007 zeigte: „Wir haben einen neuen Kalten Krieg am Nordpol zu vermeiden.“²⁰⁸ Denn Deutschland hätte daran nur etwas zu verlieren.

²⁰⁸ Süddeutsche.de: „Steinmeier warnt vor ‚Kalttem Krieg‘“, Webseite.

5 Literatur

- Aftenposten: „Russland vil sende militærstyrke til Arktis“, <http://www.aftenposten.no/nyheter/uriks/article3002701.ece>, 18.12.09 konsultiert.
- Alfred-Wegener-Institut: „Die Arktische Forschungsbasis AWIPEV auf Spitzbergen“, http://www.awi.de/de/infrastruktur/stationen/awipecv_arktisk_forschungsbasis, 17.12.09 konsultiert.
- Alfred-Wegener-Institut: „Polarstern – Ein Schwimmendes Großlabor“, <http://www.awi.de/de/infrastruktur/schiffe/polarstern/>, 15.12.09 konsultiert.
- Arktischer Rat: „Arctic Maritime Shipping Assessment 2009 Report“, April 2009, PDF-Datei: http://pame.arcticportal.org/images/stories/PDF_Files/AMSA_2009_Report_2nd_print.pdf.
- Astronews: „Aufklärungssatelliten-Quintett komplett“, <http://www.astronews.com/news/artikel/2008/07/0807-031.shtml>, 18.12.09 konsultiert.
- Ausgestrahlt: „Koalitionsvertrag ist Steilvorlage für Anti-AKW-Bewegung“, <http://www.ausgestrahlt.de/presse/artikel/f4196b678d/koalitionsvertrag-ist-steilvorlage-f.html>, 07.01.10 konsultiert.
- Auswärtiges Amt: „20.000 Meilen unter dem Nordmeer“, <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/InternatRecht/070822nordpol.navCtx=275516.html>, 01.12.09 konsultiert.
- Auswärtiges Amt: „Die Arktis“, <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/InternatRecht/Arktis-Grundlagentext.html>, 08.12.09 konsultiert.
- Baylis, John und Smith, Steven: „The Globalization of World Politics“, Oxford University Press, 3. Aufl., New York, 2005.
- Biosphärenreservat Ost-Rügen : „Natura 2000 – ein Netzwerk für die Zukunft“, <http://www.biosphaerenreservat-suedostruegen.de/de/schutzstatus/schutzstatus>, 27.01.10 konsultiert.
- Bird, Kenneth J., Charpentier, Ronald R., et al.: „Circum-Arctic resource appraisal: estimates of undiscovered oil and gas north of the Arctic Circle“, U.S. Geological Survey Fact Sheet 2008-3049, 2008.
- Borchardt, Andreas und Göthlich, Stephan E.: „Erkenntnisgewinnung durch Fallstudien“, in Sönke Albers, et al.: *Methodik der empirischen Forschung*, 2., überarbeitete und erweiterte Auflage, Deutscher Universitätsverlag, Wiesbaden, 2006.
- Bosold, David und Koschut, Simon: „Die Zukunft der Arktis“, in DGAPaktuell 3/2009.
- Bührer, Werner: „Wirtschaftsverbände“, in Schmit, S., Hellman, G. und Wolf, R.: *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2007.

Bund Umwelt und Naturschutz Deutschland: „Comments by the BUND Federal Association on the approval procedure for constructing and operating the ‚Nord-Stream‘ natural gas high-pressure pipeline through the Baltic”, PDF-Datei: http://www.nord-stream.com/fileadmin/Dokumente/International_Consultations/PID/Germany/Environmental_protection_organizations/BUND_Freunde_der_Erde_Friends_of_the_Earth_Second_Comment_on_PID_01.pdf.

Bund Umwelt und Naturschutz Deutschland: „Deutschland kann mehr“, PDF-Datei: http://www.bund.net/fileadmin/bundnet/publikationen/sonstiges/20091027_sonstiges_bewertung_koalitionsvertrag_schwarz_gelb.pdf.

Bundesagentur für Arbeit: „Arbeitsmarkt 2008, Amtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit“, 57. Jahrgang, Sondernummer 2, PDF-Datei: http://www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/000100/html/jahr/arbeitsmarkt_2008_gesamt.pdf.

Bundesministerium für Bildung und Forschung: „Haushalt“, <http://www.bmbf.de/de/96.php>, 17.12.09 konsultiert.

Bundesministerium für Bildung und Forschung: „Norwegen“, <http://www.bmbf.de/de/7144.php>, 15.12.09 konsultiert.

Bundesministerium für Bildung und Forschung: „Zusammenarbeit mit den USA und Kanada“, <http://www.bmbf.de/de/1560.php>, 15.12.09 konsultiert.

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: „Energie in Deutschland“, PDF-Datei: <http://www.bmwi.de/Dateien/Energieportal/PDF/energie-in-deutschland,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf>.

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: „Schlaglichter der Wirtschaftspolitik – Monatsbericht 03/2008“ <http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/wirtschaft,did=237536.html>, 04.01.10 konsultiert.

Bundesregierung: „Die Klimapolitik der Bundesregierung“, <http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/un-klimakonferenz/DE/KlimapolitikDerBundesregierung/klimapolitik-der-bundesregierung.html>, 24.02.10 konsultiert.

Bundesverband der deutschen Energie- und Wasserwirtschaft: „BDEW – Spitzenverband der Energie- und Wasserwirtschaft“, [http://www.bdew.de/bdew.nsf/id/DE_BDEW/\\$file/BDEW-Selbstdarstellung.pdf](http://www.bdew.de/bdew.nsf/id/DE_BDEW/$file/BDEW-Selbstdarstellung.pdf), 09.02.10 konsultiert.

Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft: „BDEW zum Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung: Koalitionsvertrag ist eine solide Basis“, http://www.bdew.de/bdew.nsf/id/DE_20091026_PM_Koalitionsvertrag_ist_eine_solide_Basis?open&l=DE&ccm=250010010010, 07.01.10 konsultiert.

Bundesverband Deutscher Industrie: „Pressemitteilung“,
http://www.bdi.eu/download_content/Presse/0310_PM_Studie_Laufzeitverlaengerungen_Kernkraftwerke.pdf.

Bundeszentrale für Politische Bildung: „Eis-Albedo-Rückkopplung“,
http://www1.bpb.de/publikationen/S7V2T6,3,0,Arktis_und_Antarktis_im_Klimawandel.html#art3, 18.12.09 konsultiert.

Bündnis 90/Die Grünen: „Die Zukunft ist grün. Grundsatzprogramm von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“, PDF-Datei: http://www.gruene-partei.de/cms/files/dokbin/68/68425.grundsatzprogramm_die_zukunft_ist_gruen.pdf.

Bürgerinitiativen Kein Steinkohlekraftwerk in Lubmin: „Allianz, Kein Steinkohlekraftwerk in Lubmin“ PDF-Datei: http://kein-kohlekraftwerk-lubmin.info/images/allianz/Erklaerung_Allianz.pdf.

dejure.org: „Erneuerbare-Energien-Gesetz - § 8 Abnahme, Übertragung und Verteilung“,
<http://dejure.org/gesetze/EEG/8.html>, 17.03.10 konsultiert.

Der Spiegel: „Atomlobby plante Wahlkampf minutiös“,
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,650172,00.html>, 11.02.10 konsultiert.

Der Spiegel: „Deutschlands Energie – alle Fakten“,
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,458960,00.html>, 02.02.10 konsultiert.

Der Spiegel: „Gasverbrauch sinkt, Gazprom will trotzdem Geld“,
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/0,1518,673922,00.html#ref=rss>, 04.02.10 konsultiert.

Der Spiegel: „Polarstaaten lassen Europäer abblitzen“,
<http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/0,1518,622047,00.html>, 17.12.09 konsultiert.

Der Spiegel: „Steinmeier besteht auf Atomausstieg“,
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,577769,00.html>, 16.03.10 konsultiert.

Deutsche Umwelthilfe: „Schwarz-gelbe Energie- und Klimapolitik: Die Rechnung geht nicht auf“,
[http://www.duh.de/pressemitteilung.html?&no_cache=1&tx_ttnews\[tt_news\]=1977&cHash=20e558a192](http://www.duh.de/pressemitteilung.html?&no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=1977&cHash=20e558a192), 07.01.10 konsultiert.

Die Bundesregierung: „Rede von Bundeskanzlerin Merkel auf der Festveranstaltung ‚25 Jahre Forschungsschiff Polarstern‘“,
<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Archiv16/Rede/2007/11/2007-11-28-rede-merkel-polarstern.html>, 15.12.09 konsultiert.

Die Zeit: „Atomkraft hilft dem Klima nicht“, <http://www.zeit.de/online/2009/07/schweden-atomenergie-kommentar-2?page=1>, 25.03.10 konsultiert.

Die Zeit: „Wer schaut in die Röhre“, http://www.zeit.de/2008/17/Wer_schaut_in_die_Roehre, 22.01.10 konsultiert.

Dusser, Gilles und Vollmann, Marcelo: „Vom freundlichen Nebeneinander zur Kooperation? Unterschiedliche Strategien zur Reduzierung der CO2-Emissionen in Frankreich und Deutschland“, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.
PDF-Datei: <http://www.dgap.org/midcom-serveattachmentguid-1de2e86c6da37ec2e8611de868b45ac136028b728b7/pb-dusser-vollmann.pdf>.

European Research Icebreaker: „Perspektive des AURORA BOREALIS Projekts“, http://www.eri-aurora-borealis.eu/de/ueber_aurora_borealis/perspektive_des_aurora_borealis_projekts/, 15.12.09 konsultiert.

European Research Icebreaker: „Technische Spezifikationen“, http://www.eri-aurora-borealis.eu/de/das_projekt/technische_details/, 17.12.09 konsultiert.

FDP: „Die Mitte stärken. Deutschlandprogramm 2009“, PDF-Datei: http://www.deutschlandprogramm.de/files/653/Deutschlandprogramm09_Endfassung.PDF.

Ferreira, Manuel Ennes: „China in Angola: Just a passion for oil?“, in Alden Chris, Large Daniel und Soares de Oliveira, Ricardo: *China Returns to Africa, A Rising Power and a Continent to Embrace*, Columbia University Press, New York, 2008.

Financial Times Deutschland: „Wie Eon Windparks blockiert“, <http://www.ftd.de/unternehmen/handel-dienstleister/:erneuerbare-energien-wie-eon-windparks-blockiert/50053213.html>, 03.02.10 konsultiert.

FOCUS: „In die Röhre gekuckt“, http://www.focus.de/finanzen/news/tid-16618/energie-seite-2-in-die-roehre-geguckt_aid_463963.html, 04.02.01 konsultiert.

Frankfurter Allgemeine: „Deutschland stimmt bau der Nord-Stream zu“, http://www.faz.net/s/Rub0E9EEF84AC1E4A389A8DC6C23161FE44/Doc~EFA153E4543B3489A8FAE520A72371406~ATpl~Ecommon~Scontent.html?rss_aktuell, 23.01.10 konsultiert.

Frankfurter Allgemeine: „Kürzung der Solar-Subventionen steht“, <http://www.faz.net/s/Rub0E9EEF84AC1E4A389A8DC6C23161FE44/Doc~E28E9AFDED7C04216A60DDE64FE9F3131~ATpl~Ecommon~Scontent.html>, 21.03.2010 konsultiert.

Frankfurter Rundschau: „So beschenkt Schwarz-Gelb die Bosse“, http://fr-online.de/in_und_ausland/wirtschaft/aktuell/?em_cnt=2049891&em_cnt_page=2, 10.02.10 konsultiert.

Friedman, Thomas L.: „The First Law of Petropolitics“, Foreign Policy, Mai-Juni 2006.

Gerring, John: „What Is a Case Study and What Is It Good for?“, in American Political Science Review, Vol. 98, No. 2 May 2004.

Gesellschaft für bedrohte Völker: „DIE ARKTIS SCHMILZT UND WIRD GEPLÜNDERT - Indigene Völker leiden unter Klimawandel und Rohstoffabbau“, Menschenrechtsreport Nr. 44 der Gesellschaft für bedrohte Völker, 2006.

Götz, Roland: „Energie- und Außenpolitik“ in: *Ost-West-Gegeninformationen*, Jg. 18, Nr. 2/2006, November 2006.

Götz, Roland: „Russland als Energieversorger Europas und Deutschlands“, in WeltTrends – Zeitschrift für internationale Politik, 17. Jahrgang, Mai/Juni 2009.

Gourevitch, Peter: „The Second Image Reversed: The International Sources of Domestic Politics“, International Organization, Aufl. 32, No. 4, Herbst 1978.

Greenpeace Deutschland: „Schwarzbruch Klimaverhinderer“, PDF-Datei:
http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/themen/klima/Verflechtung_Energiewirtschaft_Politik.pdf.

Greenpeace Deutschland: „Chance Atomausstieg, Perspektiven für neue Arbeitsplätze an Atomstandorten.“, PDF-Datei:
http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/themen/atomkraft/greenpeace_studie_chance_atomausstieg_kurz.pdf.

Greenpeace Deutschland: „Schwarz-Gelb versagt beim Umweltschutz - Deutschland gibt Vorreiterrolle auf und bedient Interessen der Konzerne“,
http://www.greenpeace.de/themen/sonstige_themen/presseerklaerungen/artikel/schwarz_gelb_versagt_beim_umweltschutz/, 03.02.10 konsultiert.

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland: „Artikel 24 Abs. 2“,
<http://www.bundestag.de/dokumente/rechtsgrundlagen/grundgesetz/gg.html>, 17.12.09 konsultiert.

Görlach Benjamin, Gagelmann Frank, et al.: „Carbon Leakage – Die Verlagerung von Produktion und Emissionen als Herausforderung für den Emissionshandel?“, Deutsche Emissionshandelsstelle (DEHSt) im Umweltbundesamt, Berlin, PDF-Datei:
http://www.dehst.de/nn_717394/SharedDocs/Downloads/Publikationen/Papier_Carbon_Leakage.templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Papier_Carbon_Leakage.pdf.

Häckel, Erwin: „Energie und Rohstoffpolitik“ in Schmidt, Siegmund, Hellmann, Günter und Wolf, Reinhart (Hrsg.): *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2007.

Handelsblatt: „Eon und RWE treibt der Wind ins Ausland“, <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/eon-und-rwe-treibt-der-wind-ins-ausland;2024062;2>, 07.04.10 konsultiert.

Handelsblatt: „Ostseepipeline trifft auf Widerstand“, <http://www.handelsblatt.com/politik/international/ostseepipeline-trifft-auf-widerstand;1414903;2>, 05.04.10 konsultiert.

Handelsblatt: „Wirtschaftsminister will Konzern-Zerschlagung“, <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/gesetzentwurf-wirtschaftsminister-will-konzern-zerschlagung;2510374>, 03.02.10 konsultiert.

Hellmann, Gunther: „Sicherheitspolitik“, in Schmidt, Siegmund, Hellmann, Gunter und Wolf, Reinhard (Hrsg.): *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2007.

Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren: „Gemeinschaftsbericht 2009“, PDF-Datei: http://www.helmholtz.de/fileadmin/user_upload/publikationen/Gesch%C3%A4ftsbericht/09_Helmholtz_Geschaeftsbericht_de.pdf.

Helsinki Kommission: „Catches of chemical munitions in the Baltic have ceased“, http://www.helcom.fi/press_office/news_helcom/en_GB/CHEMU_2008/?u4.highlight=chemical%20munitions, 26.01.10 konsultiert.

Her Majesty's Treasury: „Background to Stern Review on the Economics of Climate“, http://webarchive.nationalarchives.gov.uk/+http://www.hm-treasury.gov.uk/independent_reviews/stern_review_economics_climate_change/sternreview_backgroundtoreview.cfm, 20.04.2010 konsultiert.

International Energy Agency: „Energy Technology Perspectives 2008“, PDF-Datei: http://www.iea.org/techno/etp/ETP_2008.pdf.

Jäger, Thomas und Beckmann, Rasmus: „Die internationalen Rahmenbedingungen deutscher Außenpolitik“, in Jäger, Thomas, Höse, Alexander und Oppermann, Kai (Hrsg.): *Deutsche Außenpolitik: Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1. Aufl., Wiesbaden, 2007.

Jäger, Thomas, Höse, Alexander und Oppermann, Kai (Hrsg.): „Deutsche Außenpolitik: Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen“, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1. Aufl., Wiesbaden, 2007.

Jensen, Øystein: „Kontinentalsokkelkrav i Polhavet: Alminnelig havrett eller folkerett sui generis?“, Lov og Rett, Vol 48, Nr. 7, 2009.

Kenneth Waltz, „Man, the State, and War“, Columbia University Press, New York, 2001.

Kleinwächter, Kai: „Das ‚Eiserne Pentagramm‘ – Strommarktregulierung in Deutschland“, in Kleinwächter, Lutz (Hrsg.): *Deutsche Energiepolitik*, Internationale Probleme und Perspektiven 16, Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, 2007.

Koalitionsvertrag CDU, CSU und FDP: „WACHSTUM, BILDUNG, ZUSAMMENHALT, PDF-Datei: <http://www.cdu.de/doc/pdfc/091026-koalitionsvertrag-cducsu-fdp.pdf>.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften: „Die Europäische Union und die Arktis“, KOM (2008) 763, Brüssel.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften: „Report on the Green Paper on the security of energy supply“, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:52000DC0769:EN:HTML>, 06.12.09 konsultiert.

Lang, Kai-Olaf: „Polen und der Osten, Polens Beziehung zu Russland, Belarus und der Ukraine im Kontext europäischer ‚Ost-Politik‘“, Berlin, SWP-Aktuell Mai 2005.

Lijphart, Arend: „Comparative Politics and the Comparative Method“ in The American Political Science Review, Vol 65, 1971.

manager-magazin : „Schweden und Finnland geben grünes Licht“, <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/0,2828,659568,00.html>, 23.01.10 konsultiert.

manager-magazin: „Bernotat lehnt Zerschlagung ab“, <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/0,2828,672758,00.html#ref=rss>, 03.02.10 konsultiert.

Moravcsik, Andrew: “Introduction: Integrating International and Domestic Theories of International Bargaining”, in Peter B. Evans/Harold K. Jacobsen/Robert D. Putnam (Hrsg.): *Double Edged Diplomacy. International Politics and Domestic Bargaining*, Berkeley, University of California Press, 1993.

Mostert, Petra Holtrup: „Deutsche Umweltaußenpolitik: Der Gipfelstürmer und seine Grenzen“, in Jäger, Thomas, Höse, Alexander und Oppermann, Kai (Hrsg.): *Deutsche Außenpolitik: Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1. Aufl., Wiesbaden, 2007.

Müller, Friedemann: „Sicherheit der Energieversorgung – Zu kompliziert für Europas Politiker?“, SWP Berlin, Diskussionspapier der FG 8 2003/04 August 2003.

Natura 2000: „What is Natura 2000?“, <http://www.natura.org/about.html>, 20.04.2010 konsultiert.

New York Times: „Arctic Shortcut, Long a Dream, Becons Shippers as Ice Thaws“, 11. September 2009, http://www.nytimes.com/2009/09/11/science/earth/11passage.html?_r=1, 03.03.2010 konsultiert.

Nord-Stream AG: „Die Nord-Stream-Pipeline und ihre Folgeprojekte: Ein privat finanziertes Konjunkturprogramm“, PDF-Datei: http://www.nord-stream.com/fileadmin/Dokumente/1_PDF/3_Background_Infos/Nord_Stream_White_Paper_Economic_Impact_ger_20090805.pdf.

Nord-Stream AG: „Die Pipeline“, <http://www.nord-stream.com/de/the-pipeline.html>, 30.03.10 konsultiert.

Nord-Stream AG: „Dokumentation zur Nord-Stream Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) zur Konsultation gemäß dem Espoo-Übereinkommen“, PDF-Datei: http://www.nord-stream.com/fileadmin/Dokumente/eia_permitting/Binder_1_National_EIA_Germany/Nord_Stream_Espoo_Report_German_National_EIA_Germany.pdf.

Nord-Stream AG: „Erdgas für Europa“, <http://www.nord-stream.com/de/the-pipeline/gas-for-europe.html>, 10.12.09 konsultiert.

Nord-Stream AG: „Germany approves Nord-Stream-Pipeline“, [http://www.nord-stream.com/en/press0/press-releases/press-release/article/germany-approves-nord-stream-pipeline.html?tx_ttnews\[backPid\]=1&cHash=0f2a48113a](http://www.nord-stream.com/en/press0/press-releases/press-release/article/germany-approves-nord-stream-pipeline.html?tx_ttnews[backPid]=1&cHash=0f2a48113a), 23.01.10 konsultiert.

Nord-Stream AG: „Internationales Konsultationsverfahren“, <http://www.nord-stream.com/de/uvp-genehmigungsverfahren/internationales-konsultationsverfahren.html>, 30.01.10 konsultiert.

Nord-Stream AG: „Rechtlicher Rahmen und öffentliche Konsultation“, PDF-Datei: http://www.nord-stream.com/fileadmin/Dokumente/eia_permitting/Chapter_03/Nord_Stream_Espoo_Report_German_Chapter_03.pdf.

Nord-Stream AG: „The Project & The Environment“, PDF-Datei: http://www.nord-stream.com/fileadmin/Dokumente/NORD_STREAM_FACTS/English/NORD_STREAM_FACTS_ISSUE_2_ENGLISH_DOWNLOAD.pdf

Norddeutscher Rundfunk: „Lubminer Kraftwerksprojekt löst sich in Rauch auf“, <http://www.ndr.de/nachrichten/dossiers/kohlekraft/lubmin236.html>, 02.02.10 konsultiert.

O'Sullivan, M., Edler, D., Ottmüller, M., und Lehr, U.: „2009: Bruttobeschäftigung durch erneuerbare Energien in Deutschland im Jahr 2008 - eine erste Abschätzung- Stand: 6. März 2009“. PDF-Datei: http://www.erneuerbare-energien.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/ee_bruttobeschaeftigung_08_bf.pdf.

Oppermann, Kai und Alexander Höse: „Die innenpolitischen Restriktionen deutscher Außenpolitik“, in Jäger, Thomas, Höse, Alexander und Oppermann, Kai (Hrsg.): *Deutsche Außenpolitik: Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1. Aufl., Wiesbaden, 2007.

Pachauri, R.K. und Reisinger, A. (Hrsg.): „Climate Change 2007: Synthesis Report“, IPCC, Genf, Schweiz, 2007. PDF-Datei: http://www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar4/syr/ar4_syr.pdf.

Papendieck, Henner: „Mecklenburg-Vorpommern : Wege in eine bessere wirtschaftliche Zukunft ; eine Tagung des Vereins für politische Bildung und Soziale Demokratie und der Friedrich-Ebert-Stiftung am 23. und 24. August 1990 in Schwerin.“, <http://library.fes.de/fulltext/fo-wirtschaft/00271002.htm>, 30.03.10 konsultiert.

Pipeline Report: „International Pipeline News“, PDF-Datei:
<http://www.pipemag.com/publications/report/PipeReportJun01.pdf>.

Pries, Raimo: „Staatliche Förderung strukturschwacher Regionen, ökonomische Vorteile und Nachteile am Beispiel Mecklenburg-Vorpommerns.“, PDF-Datei:
http://www.c2g.de/Studie_C2G_2006.PDF.

Pressemitteilung des Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: „Staatssekretär Jochen Homann begrüßt die Mitteilung der EU-Kommission zur Arktis“,
<http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Presse/pressemitteilungen,did=280160.html> 01.12.09 konsultiert.

Putnam, Robert, D.: „Diplomacy and Domestic Politics: The Logic of Two-Level-Games“, International Organization, 42 (3), The MIT Press, Sommer 1988, S. 427-460.

Regierung Online: „Rede von Bundeskanzlerin Merkel auf der Festveranstaltung ‚25 Jahre Forschungsschiff Polarstern‘“,
http://www.bundesregierung.de/nn_774/Content/DE/Bulletin/2007/12/136-2-bk-polarstern.html, 01.12.2009 konsultiert.

Reuters: „Sweden says application for Baltic pipeline incomplete“,
<http://uk.reuters.com/article/idUKL1257921820080212>, 28.01.10 konsultiert.

Riely, Alan und Umbach, Frank: „Russisches Roulette, Gazprom und die Gaslücke – eine Gefahr für Deutschland und Europa“ in Internationale Politik, Nr. 6/2007.

Schweriner Volkszeitung: „Wadan-Werften sollen weitere Schiffe für Norilsk Nickel bauen“,
<http://www.svz.de/home/top-thema/article/wadan-werften-sollen-weitere-schiffe-fuer-norilsk-nickel-bauen.html>, 10.12.09 konsultiert.

Schöllgen, Gregor: „Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Von den Anfängen bis zur Gegenwart“, Beck C.H., München, 2004.

Seidler, Christoph: „Arktisches Monopoly, Der Kampf um die Rohstoffe der Polarregion“, Deutsche Verlags-Anstalt, München, 2009.

Spanger, Hans-Joachim: „Paradoxe Kontinuitäten, Die deutsche Russlandpolitik und die koalitionären Farbenlehren“, HSFK-Report 12/2005, Frankfurt, 2005.

SPD: „Programm, Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“, PDF-Datei: http://www.oranienburg-spd.de/Hamburger_Programm_final.pdf.

Staack, Michael: „Deutschland als Wirtschaftsmacht“ in Schmidt, Siegmund, Hellmann, Günter und Wolf, Reinhart (Hrsg.): *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2007.

Statoil: „LNG-tog med større kapasitet”,
<http://www.statoil.com/no/TechnologyInnovation/gas/LiquefiedNaturalGasLNG/Pages/LargerCapacityTrains.aspx>, 10.12.09 konsultiert.

Statoil: „Facts about Snøhvit”,
<http://www.statoil.com/en/ouperations/explorationprod/ncs/snoehvit/pages/default.aspx>,
08.12.09 konsultiert.

Stern, Nicholas: „The Economics of Climate Change: The Stern Review”, Cambridge University Press, Cambridge, 2007.
PDF-Dateien: http://www.hm-treasury.gov.uk/stern_review_report.htm

Struck, Peter: „Erklärung der Bundesregierung durch den Bundesminister der Verteidigung, Dr. Peter Struck, am 11. März 2004 in Berlin“,
http://www.bmvg.de/portal/a/bmvg/ministerium/geschichte_bmvg/verteidigungsminister_seit_1955/drpeterstruck?yw_contentURL=/C1256F1200608B1B/N264X9ML143MMISDE/content.jsp, 18.12.09 konsultiert.

Süddeutsche.de: „Steinmeier warnt vor ‚Kaltem Krieg‘”,
<http://www.sueddeutsche.de/politik/495/422256/text/>, 18.12.09 konsultiert.

Tagliabue, John: „Bold New Germany: No Longer a Political 'Dwarf'”, in New York Times, 16. Dezember 1991, <http://www.nytimes.com/1991/12/16/world/bold-new-germany-no-longer-a-political-dwarf.html?pagewanted=1>, 30.04.10 konsultiert.

The CNA Corporation: „National Security and The Threat of Climate Change”, PDF-Datei:
http://securityandclimate.cna.org/report/SecurityandClimate_Final.pdf.

The Linde Group: „Europe’s largest LNG plant”,
<http://financialreports.linde.com/2008/ar/lindeannual/megatrends/naturalgasliquefactionathammmerfest/europeslargestlngplant.html>, 10.12.09 konsultiert.

Timmermann, Heinz: „Die deutsch-russischen Beziehungen im europäischen Kontext“, in Internationale Politik und Gesellschaft, Heft 1/2007, Friedrich Ebert Stiftung.

Umbach, Frank: “German Vulnerabilities of ist Energt Security“, in AICGS Advisor, 22 August 2008.

Umbach, Frank: „Deutsche Außenpolitik und Energiesicherheit“, in Jäger, Thomas, Höse, Alexander und Oppermann, Kai (Hrsg.): *Deutsche Außenpolitik: Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1. Aufl., Wiesbaden, 2007.

Umbach, Frank: „Die Energieversorgung Europas, ein Sicherheitsproblem“ in: Reader Sicherheitspolitik, III.1, 12/2006.

Umbach, Frank: „Energiesicherheit im 21. Jahrhundert. Die verkannte Bedeutung der zukünftigen Versorgungssicherheit“, in Kleinwächter, Lutz (Hrsg.): *Deutsche Energiepolitik, Internationale Probleme und Perspektiven* 16, Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, 2007.

Umbach, Frank: „Europas nächster Kalter Krieg - Die EU braucht endlich ein Konzept zur Versorgungssicherheit“, in Internationale Politik 2, Februar 2006.

Umbach, Frank: „Die Neuen Herren der Welt. Öl gleich Macht: Energie-Verbraucherländer müssen umdenken“, in Internationale Politik, 09/2006.

Umwelt Bundes Amt: „Emissionshandel“, <http://www.umweltbundesamt-daten-zur-umwelt.de/umweltdaten/public/theme.do?nodeIdent=3155>, 23.03.10 konsultiert.

United Nations Economic Commission for Europe: „Convention on Environmental Impact Assessment in a Transboundary Context (Espoo, 1991) - the 'Espoo (EIA) Convention“, PDF-Datei: <http://www.unece.org/env/eia/documents/legaltexts/conventiontextenglish.pdf>.

United Nations Environment Program: „Rio Declaration on Development and Environment“, <http://www.unep.org/Documents.Multilingual/Default.asp?DocumentID=78&ArticleID=1163>, 20.04.2010 konsultiert.

UNO-Klimakonferenz COP-15: „Klimaaftale opnået i København“, <http://da.cop15.dk/news/view+news?newsid=3075>, 14.01.2010 konsultiert

Upstreamonline.com: „Gazprom takes control of North Transgas“, <http://www.upstreamonline.com/live/fsu/article68801.ece>, 22.01.10 konsultiert.

Utenriksdepartementet: „Kontinentalsokkelens yttergrenser“, <http://www.regjeringen.no/nb/dep/ud/tema/folkerett/spesiell-folkerett/kontinentalsokkelens-yttergrenser.html?id=449044>, 08.12.09 konsultiert.

Vater, Günther: „Greifswalder Bodden und anthropogene Einflüsse“, PDF-Datei: http://keinkohlekraftwerk-lubmin.de/download/bodden_anthropogen.pdf.

Verivox: „Kritik an Abhängigkeit von Russland nach Ölstop“, <http://www.verivox.de/nachrichten/kritik-an-abhaengigkeit-von-russland-nach-oelstopp-17026.aspx>, 24.03.10 konsultiert.

Viëtor, Marcel und Oldag, Caspar: „Klimapolitik: Das Zugpferd lahmt Deutschlands Außenpolitik braucht ein neues Großprojekt“, DGAP-Standpunkt, Nr. 9, Oktober 2009, PDF-Datei: http://en.dgap.org/midcom-serveattachmentguid-1debbfd60cdb5bebbfd11de8f3dd3ea5d49d875d875/2009-09_stp.pdf.

Wagner, Neelke: „FDP pro EEG“, in Photon, Juni 2009, PDF-Datei: <http://www.horst-meierhofer.de/files/pd-2009-06.pdf>

Warmbrodt, Frank: „Kleine Bevölkerungsexplosion südlich des Nordpols“, http://www.kulturhus-berlin.de/newsletter_inhalte/archiv/2009/special_groen.htm#13, 28.04.2010 konsultiert.

Welt Online: „Röttgen löst mit Atomkraft-Kritik Empörung aus“, <http://www.welt.de/politik/deutschland/article6281833/Roettgen-loest-mit-Atomkraft-Kritik-Empoerung-aus.html>, 10.02.10 konsultiert.

Whist, Bendik Solum: „Nord-Stream : Not Just a Pipeline : an analysis of the political debates in the Baltic sea region regarding the planned gas pipeline from Russia to Germany “, Fridtjof Nansens Institutt, 15/2008.

Winkelmann, Ingo: „Feste Spielregeln für die Aufteilung des Arktischen Ozeans“, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell 53, Juni 2008.

World Wildlife Fund Deutschland: „NordStream muss Umweltbelastungen ausgleichen“, http://www.wwf.de/presse/details/news/ostsee_pipeline_nordstream_muss_um_weltbelastung_en_ausgleichen/, 26.01.10 konsultiert.

World Wildlife Fund Deutschland: „Deutschland genehmigt Ostseepipeline“, http://www.wwf.de/presse/details/news/deutschland_genehmigt_ostseepipeline/, 29.01.10 konsultiert.

World Wildlife Fund Deutschland: „Nord-Stream assessment seriously underestimates environmental consequences for the Baltic Sea“, http://www.panda.org/what_we_do/where_we_work/baltic/?uNewsID=163682, 28.01.10 konsultiert.